- elisabeth lenk: sozialistische theorie und sds
- diether sterzel: gegenwärtige notstandsplanung
- dietlind reck: andorra – moral auf dem theater

neue kritik 13

november 62

D 7739 F

neue kritik-leser werben neue kritik-abonnenten

neue kritik analyse information neue wege

Jürgen Seifert	3	„Etwas außerhalb der Legalität"
Diether Sterzel	6	Nach der Delegiertenkonferenz
Elisabeth Lenk	7	Die Sozialistische Theorie in der Arbeit des SDS
Diether Sterzel	12	Aspekte zur gegenwärtigen Situation der Notstandsplanung
Dieter Hirschfeld	15	Antisemitismus heute
Dietlind Reck	16	Andorra – die Moral auf dem Theater
Bert Welz	19	Im Heiligen Dienst
	20	Am Beispiel Contergan
Monika Seifert	21	Pirkers „Büro und Maschine"
Harald Hartung	21	Der Ruf
Manfred Liebel	22	Zeitschriftenhinweise
	24	Redaktionelle Mitteilungen

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
nr. 13, november 1962, 3. jahrgang
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
redaktion: klaus hermann, dietlind reck, siegfried reck (verantwortlich), armin scheil, diether sterzel, michael vester, unter mitarbeit des arbeitskreises „neue kritik".
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen, die mitarbeit ist unentgeltlich.
verlag und redaktion: frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.
neue kritik erscheint in den semestermonaten (7 hefte jährlich).
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,— (zuzüglich porto).
jahresabonnement: dm 7,— (einschl. porto). bezug über den verlag.
anzeigen: klaus hermann, frankfurt a. m., beethovenplatz 4
erscheinungsort: frankfurt am main.
postscheckkonto: 55191 pscha. ffm.
umschlagentwurf: ann lamche.
druck: orbis-druck, berlin.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

„Etwas außerhalb der Legalität"

> Es kommt nicht darauf an, e i n e m das Übel in die Schuhe zu schieben, sondern die Welt, die einen Strauß erst zuläßt, zu verändern.
>
> (Aus einem Flugblatt des Bundesvorstandes des SDS aus dem Jahre 1961)

Im Verlauf der Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hat Robert Jungk wiederholt von einer „Aushöhlung der Demokratie" durch sogenannte „Geheimnisträger" gesprochen. Man ist in der Öffentlichkeit kaum auf dieses schwerwiegende Argument eingegangen. Nur auf den Plakaten der „Ostermarschierer" tauchte die Parole auf: „Der Kampf gegen die atomare Aufrüstung ist ein Kampf für die Demokratie".

Die Maßnahmen gegen den „Spiegel" haben diese Sachlage mit einem Schlage verändert. Plötzlich beginnt man den Charakter und das Ausmaß dessen zu diskutieren, das durch den Begriff „Staatsgeheimnis" bezeichnet wird. Dabei taucht die Frage nach der Herkunft und demokratischen Legitimation von Gutachtern auf, die den Begriff des Staatsgeheimnisses zu bestimmen suchen. Man stößt dabei auf ein Strukturproblem unseres Staates. Die Begleitumstände der Maßnahmen gegen den „Spiegel", die man vielfach als „Polizeiaktion" bezeichnet hat, treten gegenüber diesem Problem zurück.

Der öffentliche Protest richtet sich heute allerdings noch in erster Linie gegen Äußerlichkeiten des Vorgehens. Mit gewissem Recht — denn es läßt sich teilweise ohne Schwierigkeiten nachweisen, daß es zu eklatanten Rechtsbrüchen gekommen ist, die von den zuständigen Stellen nur mit Mühe beschönigt werden konnten. Außerdem ist durch die ursprünglich totale Besetzung der Spiegel-Redaktion und des Spiegel-Verlages in Hamburg ein Präzedenz-Fall geschaffen. Wer kann es garantieren, daß ähnliche Aktionen nicht morgen gegen die „Frankfurter Rundschau" und übermorgen gegenüber der IG Metall passieren? Und doch sollte man sich fragen, ob derartige „Aktionen" nicht eine bloße Fortführung der Maßnahmen gegen kommunistische Tarn- und Nachfolgeorganisationen darstellen. Wer beispielsweise die Schrift des Rechtsanwaltes Diether Posser „Politische Strafjustiz aus der Sicht des Verteidigers" (Karlsruhe, 1961) liest, muß leider feststellen, daß gegenüber den Kommunisten in ähnlicher Weise vorgegangen worden ist wie heute gegenüber dem „Spiegel". Woher sollen die Beamten wissen, daß ein solches Vorgehen gegenüber dem „Spiegel" in der Öffentlichkeit andere Reaktionen erzeugt? Schließlich sind nach dem Grundgesetz doch alle Menschen vor dem Gesetz gleich!

So erfreulich die Auseinandersetzungen über einzelne Bestimmungen der Strafprozeßordnung und über die Handhabung von Interpol durch das Bundeskriminalamt auch sind — sie lenken ebenso von dem zugrunde liegenden Strukturproblem ab wie alle Versuche der Personalisierung.

Sicher gibt es Anzeichen und Umstände, die darauf deuten, daß zumindest ein Minister zusammen mit seinem Ministerium an diesem „Schlag" gegen den „Spiegel" äußerst interessiert war. Mit welcher Einstellung Beamte des Bundesverteidigungsministeriums dem „Spiegel" gegenüberstehen, kommt in der Äußerung des Oberst Repenning, dem persönlichen Referenten des Bundesverteidigungsministers, am 9. 2. 1962 in Nürnberg anläßlich einer Verhandlung in dem Rechtsstreit Strauß ./. Spiegel zum Ausdruck, die Erich Kuby in dem Fibag-Taschenbuch zitiert (S. 113): Oberst Repenning sagte danach: „Noch heute werden wir die Eiterbeule aufstechen!" — Man kann daher verstehen, daß heute immer wieder der Verdacht geäußert wird, es handele sich um einen „Racheakt".

Doch auch wer wie der „Spiegel" der Ansicht ist, die Person des Bundesverteidigungsministers gefährde die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik, hat spätestens durch die Aktion gegen den „Spiegel" erfahren, daß sich Minister und höchste Staatsbeamte mit dem Hinweis auf angeblichen Landesverrat über Grundsätze des Rechtsstaates hinwegsetzen. Ist es nicht ein Schritt zurück in die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, wenn Konrad Adenauer zu einem Zeitpunkt, da überhaupt noch nicht feststeht, ob ein Hauptverfahren gegen die heute Beschuldigten eingeleitet werden wird, „urteilt" und „verurteilt": „Ob in Malaga oder in Hamburg verhaftet wird, darüber rege ich mich nicht auf . . . Es ist hier Landesverrat verübt worden . . . um Geld zu verdienen!" Wird bei diesen Worten nicht die Erinnerung wach an die Rechtfertigung der „Maßnahmen" im sogenannten Röhm-Putsch durch Hitler: „In dieser Stunde war ich des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr"?

Der „Spiegel" selbst hat durch den Abdruck eines Aufsatzes des hessischen Generalstaatsanwaltes Dr. Fritz Bauer (Nr. 45/1962) zur Problematik der Tatbestandsmerkmale des Landesverrats einen Schritt hinaus über die ihm sonst meist zueigene Personalisierung der Probleme getan. Er hat damit selbst gezeigt, daß das „Spiegel"-Bild durch ein Röntgen-Bild ergänzt werden muß. Es ist die Aufgabe aller radikalen Demokraten, die durch die Spiegelaktion aufgedeckten strukturellen Probleme des westdeutschen Staates transparent zu machen.

Diese Aufgabe wird in dem Maße besonderes Gewicht bekommen, in dem die heute noch in weiten Teilen der Öffentlichkeit bestehende emotionale Erregung nachlassen und sich wieder einmal Resignation breitmachen wird. Aus diesem Grunde

kommt es schon heute darauf an, zu untersuchen, in welchem Umfang es in der Bundesrepublik bereits zur Bildung von „Staaten im Staate" gekommen ist, die der Kontrolle durch das Parlament weitgehend entzogen sind, und in welchem Umfang die Pressefreiheit durch unpräzise Landesverratsbestimmungen gefährdet ist.

Staaten im Staate

Zur Entscheidung des Parlamentarischen Rates für die parlamentarische Demokratie und gegen ein autoritäres oder totalitäres System gehört auch die Frontstellung dagegen, daß einzelne Institutionen sich in ähnlicher Weise verselbständigen und zu Staaten im Staate werden wie es einst die Reichswehr unter dem General von Seekt, die sogenannte Abwehrabteilung der Wehrmacht und später die SS und Gestapo gewesen waren.

Im Unterschied zum Bundesamt für Verfassungsschutz, das auf gesetzlicher Grundlage geschaffen worden ist, entstand die sogenannte „Organisation Gehlen" außerhalb von Verfassung und Gesetz. Heute wird diese Organisation als „Bundesnachrichtendienst" im Bundeshaushalt mit einem beachtlichen Etat aufgeführt. Es ist bezeichnend, daß dieser Nachrichtendienst dem Bundeskanzler unterstellt worden ist und nicht dem Bundestagspräsidium oder einer ähnlichen Institution, die die Kontrolle der politischen Parteien gewährleistet und damit den Mißbrauch zugunsten einer Partei ausschließt.

Ebenso wie der Bundesnachrichtendienst entzieht sich — wenn man von der noch immer umstrittenen Person des Wehrbeauftragten und seinem beschränkten Aufgabenkreis einmal absieht — das Militär in vielen militär-politischen und militärtechnischen Fragen bereits der grundsätzlichen Bestimmung durch das Parlament. Dabei beruft man sich in vielen Fällen darauf, daß die Entscheidungen meist nur von Fachleuten getroffen werden könnten, daß die Parlamentarier die notwendige Geheimhaltung nicht gewährleisten würden und daß häufig militär-politische und militär-technische Entscheidungen von „höher geordneten Gremien", beispielsweise der NATO, gefällt würden.

Gegenüber diesem Prozeß der Verselbständigung ist das Parlament in seiner Kontrollfunktion, die es wenigstens fiktiv noch beansprucht, zurückgeblieben. Allem Anschein nach werden auch im Verteidigungsausschuß des Bundestages die grundsätzlichen Fragen der Verteidigung nicht diskutiert.. Daß eine Diskussion über grundsätzliche militär-politische und militärtechnische Probleme in einer Demokratie möglich ist, zeigen unter anderem verschiedene in Amerika erschienene Beiträge. Die Veränderung der militär-politischen Konzeption der USA geht sogar weniger auf die Ausarbeitungen des Pentagons zurück als auf diese öffentliche Diskussion. Auch hinsichtlich der Geheimhaltung hat man in den Vereinigten Staaten Vorkehrungen getroffen, die eine parlamentarische Kontrolle ermöglichen. Man beschränkt sich dort jedenfalls nicht auf die allenfalls noch mittelbare politische Kontrolle des Militärs durch den zuständigen Minister. Daß die Entscheidungen der „übergeordneten Gremien" nicht immer als der Weisheit letzter Schluß zu gelten haben, hat im übrigen der Bundesverteidigungsminister seit Beginn der Kennedy-Administration mehrfach dadurch unter Beweis gestellt, daß er immer wieder die Forderung nach atomaren Waffen stellte, über deren Verfügung die Bundesrepublik wenigstens mitentscheiden könne. Daß in der Bundesrepublik das Militär einer demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen ist, liegt nicht zuletzt an der Rolle der SPD als parlamentarische Opposition. Weil man die einstige Ablehnung der Wiederaufrüstung heute durch das „Bekenntnis" zur Landesverteidigung kompensiert und in der Frage der atomaren Bewaffnung nicht mehr klar zu sagen vermag, was man eigentlich will, ist diese Partei zu einer freien und unbefangenen Diskussion von Militärfragen und Verteidigungsproblemen nicht mehr in der Lage.

Dieses Versagen der SPD bildet objektiv den Hintergrund dafür, daß die Zeitschrift „Der Spiegel" dem Militär und der Arbeitsweise des Bundesverteidigungsministerium verhältnismäßig viel Raum schenkte. Es ist ein Verdienst des „Spiegels", es wenigstens versucht zu haben, der Verselbständigung des Militärs und der Ausklammerung der Bundeswehr aus der öffentlichen Diskussion entgegengetreten zu sein. Die Kritik des „Spiegels", die in dem erfolgten Ausmaß nur in einem „Nachrichtenmagazin" möglich ist, und der aus dieser Kritik entstandene Konflikt zwischen dem Verteidigungsministerium und dem „Spiegel", ist daher nicht lediglich auf einen Affekt des Herrn Augstein gegen den Herrn Strauß zurückzuführen.

Pressefreiheit und Landesverrat

Das Grundgesetz gewährleistet in Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 die Pressefreiheit. Die Bundesanwaltschaft stützt die Aktion gegen den „Spiegel" auf die 1951 in das Strafgesetzbuch wieder neu eingefügten Bestimmungen über Landesverrat. Die Vorschriften über Pressefreiheit und über Landesverrat stehen somit in einem Spannungsverhältnis.

Der Generalstaatsanwalt des Landes Hessen, Dr. Fritz Bauer, hat in seinem bereits erwähnten Beitrag im „Spiegel" auf die unbestimmte Fassung der Tatbestandsmerkmale des Begriffs Landesverrat hingewiesen und auf die Gefahr, daß die Landesverratsbestimmungen des Strafgesetzbuches als Waffe gegen politische Feinde gebraucht werden. Schon die von Bauer aufgezählten Fälle aus der Weimarer Zeit zeigen, wie damals die durch die Landesverratsbestimmungen angeblich geschützte Staatsräson höher gestellt wurde als die verfassungsgestaltende Grundentscheidung des Verfassungsgesetzgebers. Bauer hat auch mit Recht von der Problematik der heutigen gesetzlichen Regelung des Landesverrates gesprochen, die deshalb

besteht, weil das Risiko dessen, der überhaupt militärische Dinge öffentlich diskutiert, praktisch grenzenlos ist: „Er läuft stets Gefahr, daß die Militärbehörde plötzlich hinter ihm eine Grenze markiert, die vorher nicht sichtbar war."

Hier wird deutlich, daß das Militär, das — wie sich gezeigt hat — dazu tendiert, sich der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen, gleichzeitig den Rahmen zu bestimmen vermag, innerhalb dessen es selbst und militär-politische und militär-technische Entscheidungen überhaupt noch diskutiert werden können. Da niemand anderes als ein Gutachter bezeugen kann, was Staatsgeheimnis ist, kommt dem Militär eine monopolartige Stellung zu. Die „Geheimnisträger" wären somit in die Lage versetzt, sich in ihrer Eigenschaft als Geheimnisträger unangreifbar zu machen, wenn nicht ein Maßstab festgelegt wird, der der Bestimmung der Geheimnisträger entzogen ist. Dieser Maßstab kann nach dem Grundgesetz nicht mehr — wie noch in der Weimarer Zeit — vom Begriff der Staatsräson abgeleitet werden. Die Staatsräson darf heute nicht mehr über die Verfassung gestellt werden. Dieser Maßstab kann nur das Grundrecht der Pressefreiheit sein.

Es bleibt abzuwarten, ob die Richter des Bundesgerichtshofes diese politische Problematik der Gutachten von militärischen Sachverständigen erkennen und in welchem Umfang sie in der Lage sind, unabhängig von derartigen Gutachten zu entscheiden. Doch bis zur gerichtlichen Entscheidung wird noch geraume Zeit vergehen. Da die Bundesanwaltschaft während des Ermittlungsverfahrens sich im viel stärkeren Maße als ein unabhängiges Gericht auf die Gutachten des Bundesverteidigungsministeriums stützen muß, hat man in der Öffentlichkeit mit Recht festgestellt, daß das Bundesverteidigungsministerium eine maßgebliche Funktion bei der gegen den „Spiegel" gerichteten Aktion ausgeübt hat.

Die geschichtliche Alternative

Die hier nur angedeuteten Strukturprobleme sind im Zusammenhang mit der in der Verfassungswirklichkeit sich auch in anderen Bereichen abzeichnenden veränderten Position des Parlaments zu sehen. Es ist kein Geheimnis, daß das Parlament in der gegenwärtigen Demokratie die ihm durch die Verfassung ursprünglich zugemessene einzigartige Stellung kaum noch auszufüllen vermag. Wesentliche Rechte stehen dem Parlament nur noch formal zu. Die eigentlichen Entscheidungen fallen außerhalb des Parlamentes.

Man kann diese Erscheinungen als Symptome einer Entwicklung betrachten, die heute langsam, aber mit ungeheurer Macht über die parlamentarischen Institutionen des liberalen Rechtsstaates hinausdrängt. In diesem Sinn hat Jürgen Habermas von einer „geschichtlichen Alternative" gesprochen, auf die unsere gesellschaftliche Lage deute: „Darauf nämlich, daß der liberale Rechtsstaat über kurz oder lang seine eigene Intention im demokratischen oder sozialen Rechtsstaat erfüllt oder aber sein eigenes Wesen verkehrt und, mehr oder minder offen, autoritäre Gewalt annimmt." (Student und Politik, S. 43.)

Die gegen den „Spiegel" gerichtete Aktion hat dabei gezeigt, was bereits ohne eine Notstandsgesetzgebung möglich ist. Die Diskussion über eine Notstandsregelung verspricht damit endlich konkret zu werden. Sicherlich war diese Wirkung nicht beabsichtigt. Man sollte den Beteiligten trotzdem dankbar sein!

Eine wirkliche Lösung der Strukturprobleme der parlamentarischen Demokratie wird freilich nicht durch ihre Außerkraftsetzung geschaffen, sondern erst durch eine Gesellschaft, die militärische Geheimnisträger nicht mehr nötig hat und in der weder der heiße noch der kalte Krieg einen Platz finden. Vielleicht hat nur dann die Idee der Demokratie als Selbstregierung des Volkes eine Chance, verwirklicht zu werden.

Gegenüber diesem Ziel könnten die Versuche, wenigstens die gegenwärtigen — leider mehr oder minder formalen — demokratischen Rechte zu sichern und zu erhalten, leicht als eine Kur mit überkommenen Hausmitteln betrachtet werden. Die Welle des Protestes, die die Maßnahmen gegen den „Spiegel" erzeugt haben, beweist jedoch, daß dieser Kampf um formale Rechte nicht in der Weise mit einer Handbewegung abgetan werden kann, wie es Teile der Arbeiterbewegung in der Vergangenheit zuweilen getan haben. Die Verletzung formaler rechtsstaatlicher Vorschriften bei der Aktion gegen den „Spiegel" hat nicht nur Rechtsbewußtsein geschaffen, sondern auch demokratisches und politisches Bewußtsein. Andererseits haben jedoch diejenigen ihre wahre politische Position entlarvt, die zwar von Demokratie reden — aber Zuflucht nehmen zu Drohung mit Gewalt, Beschimpfung und Demagogie, sobald es um ihre Macht geht. Vernunft wurde preisgegeben, das sachliche Argument ersetzt durch die an Stimmungen appellierende Propaganda.

So drohte Konrad Adenauer am 7. 11. 1962 im Bundestag offen der SPD-Fraktion: „Sie werden es noch bereuen, daß Sie diese Fragen gestellt haben!" Bundesinnenminister Höcherl vermochte sich der Kritik nicht anders zu erwehren als durch den Satz: „Wir werden verleumdet von Dummköpfen, die gar nichts von den Dingen verstehen!" (Am folgenden Tag mußte Höcherl allerdings zugeben, daß Bundesdienststellen bei der Festnahme des Redakteurs Ahlers in Spanien „etwas außerhalb der Legalität" gehandelt haben.) Adenauer gebärdete sich sogar als faschistoider „Antikapitalist" durch den an Augstein gerichteten Vorwurf: „Er verdient an der Hetze gegen die Koalitionsparteien . . ." BILD brachte die Plakat-Überschrift: „Skandal-Magazin gegen fast alles." Kann man es angesichts solcher Äußerungen einem Bundeswehroffizier übelnehmen, daß er offen erklärte: „Die Juden vom ‚Spiegel' zersetzen unsere Moral"? (S. nk 10, S. 22.) Diese Äußerungen zeigen, wie wenig der Geist, der einst die Weimarer Republik zu Fall brachte, bei uns überwunden ist.

Jürgen Seifert

Nach der Delegiertenkonferenz

Auch nach der Unvereinbarkeitserklärung der SPD ist der SDS an der Hochschule und in der Öffentlichkeit nicht isoliert. Das bewiesen die zahlreichen Gäste sowie Grußbotschaften aus dem In- und Ausland zur XVII. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, die am 4. und 5. Oktober 1962 in Frankfurt stattfand. Besonders bemerkenswert war die Anwesenheit des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), Lothar Krappmann, der — und das ist ein Kennzeichen für eine tendenzielle Politisierung des VDS — an die Delegierten die Aufforderung richtete, „das Profil des Verbandes stärker herauszuarbeiten und die politischen Positionen zu fixieren". Erfreulich war auch, daß ein Vertreter des SHB, allerdings nur im Auftrag der Frankfurter Hochschulgruppe, die Delegierten begrüßte und die Hoffnung aussprach, daß sich nach den Jahren der Auseinandersetzung eine Zusammenarbeit in gemeinsamen Aufgaben ermöglichen lassen werde. Der Beifall der Delegierten bestätigte die Bereitschaft des SDS zur Zusammenarbeit. Für den SDS hängt die Zusammenarbeit mit dem SHB nur davon ab, daß sich dieser Verband eindeutig von den Praktiken der antikommunistischen Verketzerung distanziert.

Im Verlauf der Diskussion bemühten sich die Delegierten von 24 Hochschulgruppen mit über 1000 Mitgliedern um die Bestimmung der Positionen, die der SDS an der Hochschule und in der Öffentlichkeit zu vertreten hat. Dabei entzündeten sich erneut Kontroversen über die Praxis des SDS. Die Ergebnisse der DK zeigen, daß sich der SDS zwar nicht auf eine bloß akademische und folgenlose Praxis beschränken will, daß er aber auch nicht bereit ist, sich durch spektakuläre, nur am Augenblick orientierte Aktionen politisch zu übernehmen.

In einer Resolution von grundsätzlicher Bedeutung hat die DK die Aufgaben des SDS fixiert. Ihr zufolge fällt dem SDS als sozialistischem S t u d e n t e n verband „insbesondere die Aufgabe zu, eine möglichst umfassende Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation zu erarbeiten". Der SDS versucht dabei, in seiner wissenschaftlichen Arbeit „der Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie zu dienen, um zu den Problemen des neuen Kapitalismus konkret realisierbare Vorstellungen zu entwickeln". Diese Arbeit „ist um so notwendiger, als eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aus einem abstrakten Organisations- oder Theoriebedürfnis der Sozialisten entstehen kann. Vielmehr muß die jeweilige Praxis der Sozialisten in der Bundesrepublik sich auf der Kenntnis der gesellschaftlichen Bedingungen selbst aufbauen". In diesem Sinn wird ein beim Bundesvorstand eingerichtetes Referat zur Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit des SDS

1. die Ausarbeitung von Modellarbeitskreisen vornehmen, die die Mitglieder des SDS und dessen Freunde in die sozialistische Theorie einführen sollen;

2. den Aufbau von Studiengruppen anregen und unterstützen, die durch die Untersuchung konkreter gesellschaftlicher Probleme Konzeptionen einer möglichen Praxis erarbeiten; und

3. sich darum bemühen, die erarbeiteten Konzeptionen „den gesellschaftlichen Interessengruppen bekanntzumachen, die in zielgerichteten Aktionen (‚single purpose actions') zu ihrer Verwirklichung beitragen können, z. B. den bewußteren Teilen der Studentenverbände, der Arbeitnehmerorganisationen, des Ostermarsches der Atomwaffengegner usw".

In der Grundsatzresolution heißt es allerdings, die Forderung nach theoretischer Arbeit ergänzend: „Dabei darf aber nicht vernachlässigt werden, im Hochschulbereich zu politischen Fragen Stellung zu nehmen und die Ziele des SDS in der Öffentlichkeit sinnvoll zu vertreten." Denn „so wichtig und vordringlich die theoretische Arbeit innerhalb des SDS ist, die Beschränkung auf wissenschaftliche Forschung könnte zur Isolierung an den Hochschulen führen". Als konkrete Aufgaben stellen sich: die Propagierung einer demokratischen Hochschulreform und eine eindeutige Absage an alle Versuche, die studentische Willensbildung einzuschränken; eine Kampagne gegen die Notstands- und Notdienstgesetzgebung gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Kräften; die aktive Unterstützung der Ziele des Ostermarsches sowie die Aufklärung über die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Abrüstung, zu der die Diskussion aller Vorstellungen von einem disengagement, zunächst in Mitteleuropa, gehören. In der Berlinfrage wird der SDS seine Konzeption von der Notwendigkeit eines neu festgelegten Status für Westberlin propagieren, der die berechtigten Interessen beider Blöcke und der Westberliner Bevölkerung vereinbart und garantiert.

„Mit der Publizität des SDS wächst zweifellos die Gefahr der politischen Diffamierung. Unser Verband hat kein Interesse daran, diese Diffamierung herauszufordern; er wird sich aber nicht durch Rücksicht auf seine Gegner seine Politik bestimmen lassen, sondern wird sich offen und klar an seinen Zielen orientieren, die er mit a d ä q u a t e n Mitteln zu vertreten sucht." Der SDS will versuchen, in der Öffentlichkeit verschleierte Positionen und Fronten unserer Gesellschaft aufzudecken. Er will jedoch jegliche spektakulären Aktionen vermeiden, denen lediglich eine kurzfristige und zudem negative Publizität beschieden ist. Aus diesem Grund lehnte die DK ohne Gegenstimme einen Münchener Antrag auf Veranstaltung eines Kongresses zur Deutschlandfrage ab und empfahl statt dessen dem Bundesvorstand, eines seiner zentralen Seminare unter eine außenpolitische Thematik zu stellen und die Ergebnisse in geeigneter Weise zu publizieren.

Zu den Organisationsbemühungen der Linken faßte die DK eine Resolution, in der es heißt:

> „Der SDS ist der Ansicht, daß eine sozialistische Partei unter den gegebenen Umständen keine Aussicht auf Erfolg hat, und daß alle in diese Richtung gehenden Anstrengungen die augenblickliche Zersplitterung und Ohnmacht der linken Gruppierungen in der Bundesrepublik nicht überwinden, sondern fördern würden.
>
> Der SDS fordert daher alle nichtkommunistischen sozialistischen Gruppen auf, sich informell zu Studien- und Aktionsgemeinschaften zusammenzuschließen und mit den Mitteln politischer Aufklärung und sinnvoller Aktionen das Bewußtsein der Möglichkeit und Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft in breitere Kreise zu tragen.
>
> Die organisatorische Unabhängigkeit des Verbandes und der Gruppen muß im Verhältnis zu diesen sozialistischen Gruppen in jedem Fall gewahrt bleiben."

In diesem Zusammenhang kam auch das Verhältnis zur Sozialistischen Förderer-Gesellschaft — jetzt Sozialistischer Bund — zur Sprache, wobei jedoch davon abgesehen wurde, zur Entwicklung dieser Vereinigung Beschlüsse zu fassen. Zweifellos bestand im vergangenen Jahr zu der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft ein engeres Verhältnis als zu anderen Organisationen. Die Sozialistische Förderer-Gesellschaft hat den SDS in großzügiger Weise unterstützt, und sie hat sich auch für das kommende Jahr zur finanziellen Unterstützung im bisherigen Umfang bereit erklärt. Dafür sei ihren Mitgliedern auch an dieser Stelle noch einmal der herzliche Dank des SDS ausgesprochen.

Aus dem freundschaftlichen Verhältnis des SDS zum Sozialistischen Bund kann jedoch in keiner Weise gefolgert werden, daß zwischen beiden Organisationen politische B i n d u n g e n bestehen. Nach seinen Erfahrungen wird der SDS immer seine strikte politische Unabhängigkeit wahren und jegliche Identifikation mit anderen Organisationen meiden. Spekulationen, der SDS könne für den Sozialistischen Bund die Rolle einer „Nachwuchsorganisation" spielen, wurde auf der DK eindeutig der Boden entzogen. Es verdient in diesem Zusammenhang angemerkt zu werden, daß auch der Vorstand des Sozialistischen Bundes die Ablehnung jeglicher Bindungen von seiten des SDS voll unterstützt.

Die Beschlüsse der DK haben den Standort des SDS klar umrissen; es wird jedoch nicht nur an der Arbeit des Bundesvorstandes, sondern auch in großem Maße an der Aktivität der Gruppen liegen, ob der SDS die Aufgaben, die er sich auf der DK gestellt hat, erfüllen wird.

Diether Sterzel
1. Bundesvorsitzender

Die sozialistische Theorie in der Arbeit des SDS

Elisabeth Lenk

Der SDS lebt weiter. Dies ist ein Beweis dafür, daß es in der Bundesrepublik Sozialisten gibt, die, auch ohne das wohltuende Gefühl, Teil einer großen Bewegung oder Organisation zu sein, den Mut nicht verlieren. Aber nun stellt sich uns gleich die Frage: den Mut zu was? Es ist ein unvermeidlicher und notwendiger Prozeß, daß der SDS, auf sich selbst zurückgeworfen, viele Fragen, die in der Kirche SPD — oder heute besser Firma — gelöst schienen, neu noch einmal durchdenkt. Nicht, daß uns der Ausschluß selbst allzuviele Rätsel aufgegeben hätte. Ist doch, wie Max Weber bereits vor dem ersten Weltkrieg bemerkt, der Ausschluß renitenter Mitglieder die ultima ratio jedes bürokratisierten politischen oder religiösen Verbandes. Nein, was uns jetzt beschäftigt, ist die schlichte und doch in einem Zustand blinder politischer Praxis fast revolutionär anmutende Frage: Was tun? Können SDS und Fördergemeinschaft zum Kristallisationszentrum einer Neuen Linken in Westdeutschland werden? Und wenn: Welches könnten die Ziele und Aufgaben einer solchen Neuen Linken sein? Die Antwort auf solche Fragen ist von großer Bedeutung. Kommen wir zu dem Schluß, daß Ziele und Aufgaben schon bekannt sind, dann stehen wir nur noch vor dem Problem, eine Organisation zu schaffen, die ein solches Programm praktisch und taktisch vertritt. Ergibt es sich aber — und diese Antwort ist m. E. viel wahrscheinlicher —, daß wir uns über das Ziel einer freien sozialistischen Gesellschaft zwar mehr oder minder einig sind, nicht aber über den Weg und die heute möglichen und notwendigen Aufgaben, dann würde das für uns heißen: Das erste, was wir zu leisten hätten, wäre eine grundsätzliche Besinnung darauf, was in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation an sinnvoller Praxis möglich ist.

Aber bereits bei diesem Punkt fangen die Meinungsverschiedenheiten an. Es gibt Leute, die einem solchen Moment des

Innehaltens, der Analyse und theoretischen Besinnung als bloßem Theoretisieren, als Treiben esoterischer Zirkel, die sich als Gehirn der Gesellschaft vorkommen, mißtrauen. Sie führen bedenkenswerte Argumente an: Etwa, daß durch solche streng theoretische Arbeit kleiner Kreise die Kluft, die ohnehin zwischen Intellektuellen und der übrigen potentiell der Linken nahestehenden Bevölkerung herrscht, nicht aufgehoben, sondern noch vertieft werde. Marxistisch sei dieses Verhalten selbst dann nicht, wenn man bei dieser Arbeit Marx lese, weil die Theorie-Praxis-Einheit gefährdet und einseitig zugunsten der Theorie entschieden werde. Obwohl dies — wie gesagt — ernsthafte Einwände sind, scheint es mir, mit einem Blick auf die Gesellschaft, in der wir uns befinden, nicht allzu schwer zu sein, solches Mißtrauen zu zerstreuen.

Das, was heute Menschen treiben, die sich selbst gern als ernsthaft und praktisch bezeichnen, ist kaum weniger absurd, als es die absurdeste Theorie sein könnte. Beliebte Floskeln wie: „Man muß den Realitäten ins Augen sehen" und „frei von veralteten Ideologien" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie sind verräterisch: Wer es nötig hat, unablässig den realistischen Charakter seines Handelns zu betonen, verrät, daß er selbst im Innersten davon nicht ganz überzeugt ist. Daß CDU-Politiker eine blinde politische Praxis betreiben, ist, von ihrem einzigen Motiv des Handels her: den status quo um jeden Preis zu erhalten, durchaus verständlich. Für sie ist eine Zukunft, die andere, neue Perspektiven eröffnen würde, tabu. Sie können und dürfen sie sich nicht anders vorstellen, als die Wiederholung des Immergleichen. Daß zweimal in diesem Jahrhundert eine relativ kurze Friedenszeit in eine Kriegskatastrophe mündete, hat in ihren Köpfen sich als Zwangsläufigkeit festgesetzt. Sie können sich Frieden anders als eingekeilt zwischen zwei Katastrophen nicht vorstellen. Es ist nur konsequent, wenn ihre politische Phantasie keine anderen Bahnen kennt, als die, den Fall X, den Ernstfall, bis hin zum Befehlsbunker und Konservenvorrat vorzubereiten. Daß ein wirklicher Fall X, eine Atomkatastrophe nämlich, solcher kleinbürgerlich-emsigen Vorbereitungen spotten würde, kann starr-konservativen Hirnen nicht eingehen. Ebenso ist es, von einem Bewußtsein her, welches am Herkommen orientiert ist, verständlich, wenn man, ähnlich dem Don Quichotte zwar nicht ein Heer tapferer Ritter heranbildet, aber immerhin so tut, als ob wir in einem Zeitalter lebten, in dem kriegerische Entscheidungen durch persönlichen Mut, Truppendisziplin und körperlich-technische Tüchtigkeit von Soldaten getroffen würden.

Dagegen ist ein ähnlich absurdes politisches Verhalten bei der SPD, die doch zumindest noch immer eine Alternativpartei sein will, nicht ganz einleuchtend. Die SPD-Bürokratie, die sich ihres Kopfes entledigt hat, weiß nun nicht viel besseres zu tun, als den Bewegungen der CDU mimetisch sich anzupassen. Hatte man bislang den Mangel an konkreten Reformvorschlägen der SPD durch das Kautskysche Argument, daß man auf die Revolution warte, entschuldigen können, so macht sich jetzt die praktische Konzeptionslosigkeit bei einer ihrem Anspruch nach auf Verbesserungen ausgehenden Partei empfindlich bemerkbar. Es ist fast so, als wollte die von den SPD-Bürokraten so verachtete Theorie sich an ihnen rächen, indem sie sie mit Einfallslosigkeit schlägt.

Es wäre nun aber bestimmt keine Lösung dieses Problems, wenn eine Neue Linke jenen von Kautsky bereits einbalsamierten Marx, den die SPD über Bord geworfen hat, ihrerseits herausfischte und wiederzubeleben versuchte. (Ich brauche die Gründe dafür hier nicht näher auszuführen. Thomas von der Vring hat das in seinem Aufsatz „Von der Bürokratie zur Wissenschaft", Werkhefte Juli 1962, im einzelnen analysiert). Eine Neue Linke, die ohne theoretische Besinnung sich in organisatorische Arbeit stürzte, würde unvernünftig und damit zugleich unpraktisch handeln. Ist doch jene so kompliziert klingende Marx'sche These, daß die Theorie ein notwendiges Moment der Praxis ist, im Alltagsleben jedem Kinde geläufig. Ja, selbst vom Affen Sultan, mit dem der Gestaltpsychologe Köhler u. a. seine Intelligenzversuche durchführte, wird berichtet, daß er nach vergeblichen Versuchen des Sich-den-Kopf-am-Gitter-Wundstoßens einen Moment innehielt, dann auf eine nicht mehr kopflose, sondern planvolle Weise einen Stock ergriff, um mit ihm sich die begehrte und weitabliegende Banane heranzuscharren. Was dem Affen Sultan recht ist, sollte uns, die wir weder CDU- noch SPD-Politiker sind, billig sein.

Aber nun kommen wir zu der ernsten und wichtigen Frage: Was ist eigentlich sozialistische Theorie? Ist es wirklich nötig, sich mit ihr zu befassen, oder würde es nicht vielmehr genügen, sich, wenn man schon die Notwendigkeit eines überlegten Handelns einsieht, von Fall zu Fall praktisch-kritisch zu orientieren. Diese Frage ist zugleich die, ob und inwiefern der SDS sich von denen, die man gemeinhin Nonkonformisten nennt, unterscheidet.

Die Nonkonformisten begnügen sich damit, daß sie anders sind als die anderen. Sie haben ebenso wie wir das Gefühl dafür, daß manches in unserer Gesellschaft nicht stimmt. Aber dieses Mißbehagen ist nicht tief, sie haben nicht das, was Brecht einmal den langen Zorn genannt hat. Ihr Mißbehagen wandelt sich in dem Moment um in Behagen, in dem sie auffallen und das Gefühl haben können, nicht zur Masse zu gehören. Sie glauben schon revolutionär zu sein, wenn sie in Jazzkellern sitzen und die Haare à la Enzensberger tragen. Sie glauben schon revolutionär zu sein, wenn sie Roth-Händle rauchen, Konkret oder den Spiegel lesen und, um die spießbürgerliche Umwelt zu schockieren, SDS-Mitglied werden. Für sie gilt — frei nach Adorno — der Satz „Sie pfeifen auf die Welt, doch was sie pfeifen, ist ihre Melodie". Indem sie sich zufrieden geben, von der großen Masse sich zu unterscheiden, bestätigen sie im Grunde nur das Gesetz der Gleichförmigkeit. Ihre Kritik ist eine Pseudokritik. Sie begnügen sich damit, die Würze im Eintopf des status quo zu sein.

Vielleicht ist mancher auf dem Umweg über den Nonkonformismus zu uns gekommen. Und wir sähen wirklich einem Haufen von Nonkonformisten zum Verwechseln ähnlich, wenn wir nicht versuchten, durch Analyse und sozialistische Theorie über den bloßen Protest, das einfache Dagegen, hinauszugehen. Nur auf diese Weise sind wir zu der bestimmten Negation fähig, von der Kolakowski sagt, daß sie immer zugleich auch Konstruktion sei. Nur durch sie könnten wir uns mit Recht „links" nennen, das heißt, fähig, diese Gesellschaftsordnung zu transzendieren, anstatt wie die Nonkonformisten sie durch bloße Teilkritik als Ganze zu bestätigen.

Was aber ist sozialistische Theorie? Ist sie identisch mit dem reinen, unverfälschten Marxismus, der wie die Bibel der Lutheraner von allen Verwässerungen und Vergröberungen reingewaschen gegen eben diese Verwässerung und Vergröberungen ausgespielt wird? Oder ist sie ein revidierter Marxismus, und wenn, dann welcher; der Bernsteinsche, Kautskysche, Leninsche oder der irgendeines Marx-Existenzialisten? Oder ist sie gar nur das eklektische In- und Miteinander von brauchbaren Theorie-Einzelstücken?

Über eins sind wir — so glaube ich — einig: Sozialistische Theorie ist für uns keine Weltanschauung, sie ist keine Watte, mit der wir alle Löcher unseres Wissens und alle sich zum Fragen öffnenden Münder zustopfen könnten. Und doch ist sie auch wiederum nicht gleichzusetzen, mit dem, was man gemeinhin der Weltanschauung entgegenhält, mit positivistischer Wissenschaft, wie sie sich heute an den Universitäten in der Regel darbietet. Hier ist Wissenschaft vergleichbar mit einer zwielichtigen Dame, die hoheitsvoll auf den herablächelt, der naiv sich ihr nähert, von der aber zugleich bekannt ist, daß sie, wo nur Geld und hohes Ansehen winken, beliebige Verbindungen eingeht.

Wenn wir dennoch von der Theorie als von einem wissenschaftlichen Sozialismus reden, dann verstehen wir Theorie in dem Sinne wie sie in der Philosophie von Aristoteles bis Hegel verstanden wurde. Wer nur etwas von Hegel gelesen hat, der weiß, daß sich solche kritische Theorie vor den praktischen Wissenschaften nicht in einen Schmollwinkel zurückzuziehen braucht; d. h. für uns als Studenten, daß wir mangelndes Wissen in unseren Fachwissenschaften nicht durch das Protzen mit sozialistischen Schlagworten wettmachen können. Mit dem Begriff der Wissenschaft hat sozialistische Theorie die Methode gemein, Tatsachen nicht isoliert zu betrachten. Es bedarf eines mühsamen wissenschaftlichen Weges, um von der Oberfläche der Erscheinungen zu ihren Ursachen und Zusammenhängen zu gelangen. Sozialistische Theorie wendet diese Methode auf die Gesellschaft an. Sie geht von der Hypothese aus, daß zumindest in unserer von Rationalität durchsetzten Gesellschaft Erscheinung und Wesen nicht identisch sind, d. h. daß es wissenschaftlicher Arbeit bedarf, um durch die Fülle der Einzelerscheinungen hindurch zur „Konstruktion" (Kracauer) der Gesellschaft vorzudringen. Diese Konstruktion der Gesellschaft ist für die sozialistische Theorie ebenso veränderbar wie jede gesellschaftliche Einzelerscheinung.

Die Art, wie die Gesellschaft sich bislang in der Geschichte veränderte, ist ein höchst komplizierter, dennoch gewissen Gesetzmäßigkeiten unterliegender Prozeß. Es gab nicht, wie beim Bau oder Umbau eines Hauses, irgendeinen oder einige, die das Ganze der Konstruktion im Kopf hatten und nach einem bestimmten Plan verfuhren. Die Art, wie die Menschen bisher Geschichte machten, gleicht eher jenem im einzelnen exakten, im ganzen aber blinden Verfahren, das Kafka in seiner Erzählung „Beim Bau der Chinesischen Mauer" beschreibt. Diese Mauer wurde als Schutz gegen sagenhafte und der Bevölkerung unbekannte Feinde nach dem sogenannten Teilbausystem erbaut. Eine große Anzahl Menschen brachte durch Generationen hindurch ihre Zeit mit dem Mauerbau zu. Man bedurfte dazu eines hierarchischen Systems. Es war von Führern die Rede, die angeblich wissen sollten, worauf das alles hinauslaufe. In der Zeit jedoch, als man den Mauerbau schon als beendet erklärte, brachten einige den nicht unbegründeten Verdacht auf, daß die Mauer, so mächtig sie auch immer sein mochte, doch eine Reihe von Lücken enthalte, daß sie also den eigentlichen Zweck, die Bevölkerung vor einem Feinde im Norden zu schützen, gar nicht erfüllte. Deshalb, weil der Sinn des Ganzen höchst fragwürdig war, galt für viele, die ihr Leben dem Mauerbau widmeten, der Grundsatz: „Suche mit allen deinen Kräften die Anordnungen der Führerschaft zu verstehen, aber nur bis zu einer bestimmten Grenze, dann höre mit dem Nachdenken auf" (Kafka, Die Erzählungen, S. Fischer Verlag 1961, S. 283).

Die Einhaltung dieses Gebots, bei einer bestimmten Grenze mit dem Nachdenken aufzuhören, wird uns heute von der Kulturindustrie abgenommen. Sozialistische Theorie ist die Respektlosigkeit, solche gesellschaftlich gesetzten Grenzen des Nachdenkens zu überschreiten. Sie sucht nicht nur Teilstücke, sondern die Gesellschaft als Ganze zu durchschauen. Erst dann rührt man an ihr Grundgesetz, das ein absurdes, widersprüchliches ist. Dieser Grundwiderspruch liegt doch offenbar darin, daß in einer Gesellschaft, deren Überfluß sprichwörtlich ist, ein ungeheurer Mangel an Zeit herrscht; daß Millionen, ohne daß die Polizei sie antriebe, mit mißmutigem Ernst täglich an der Produktion eines Überflusses arbeiten, zu dessen Genuß sie nicht kommen.

Die ganz wenigen, die an solchen absurden Zuständen Interesse haben, weil sie ihre Freiheit, die Freiheit des money-making verbürgt, haben es verstanden, der großen Mehrzahl zu suggerieren, daß dieser Zustand auch in deren Interesse sei. In Wirklichkeit aber sind jene 80 % der Bevölkerung, die einen wachsenden Überfluß an Gütern erzeugt haben, selbst immer wieder da angelangt, wo sie schon waren: In der mehr oder weniger verbrämten Armut dessen, der — um leben zu können — sich selbst stückweise verkaufen muß, Tag für Tag,

bis zum 40jährigen Dienstjubiläum, bis zum kraftlosen, durch eine Rente spärlich erhelltem Alter. Während man in dieser absurden Gesellschaft auf der einen Seite jährlich bedenkenlos Millionen von Arbeitsstunden verschwendet, indem man — um nur ein Beispiel zu nennen — Waffen, die dem Profitgesetz der Mode unterliegen, verschrottet, müssen auf der Kehrseite die, welche solche Dinge produzieren, mit jeder Minute ihrer Lebenszeit geizen, als lebten sie noch im Zustand der bittersten Armut. Das Erstaunliche aber an diesen Verhältnissen ist, daß sie tatsächlich der Mehrheit der Menschen als selbstverständlich erscheinen. Ideologie ist nicht mehr nur eine Sache des Bewußtseins, sondern sie ist ins Verhalten der Menschen selbst eingegangen. Die Selbstverständlichkeit, mit der bei uns Millionen sich Tag für Tag willig an ihrem Arbeitsplatz einfinden, mit der sie also den objektiv gar nicht mehr notwendigen Zwang verinnerlicht haben, ist geronnene, zum Verhalten verfestigte Ideologie.

Gemessen am technischen Stand der Produktivkräfte sind wir an der Schwelle zu einem Zustand, in dem die Arbeit und damit der gesellschaftliche Zwang für alle auf ein Minimum reduziert werden könnte. Eine solche Gesellschaft, in der die Produktion mit dem „geringsten Kraftaufwand" unter den „der menschlichen Natur am würdigsten und adäquatesten Bedingungen" sich vollzieht (Marx, Kap. III, S. 873 f.) und in dem „nicht mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time (freie Zeit) Maß des Reichtums ist" (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 596), setzt allerdings im Sinne von Marx die Aufhebung des Grundprinzips der kapitalistischen Wirtschaft voraus. Denn zu diesem Wirtschaftssystem gehört, daß in erster Linie nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung geplant und gewirtschaftet wird, wobei die Befriedigung der elementaren menschlichen Bedürfnisse mehr oder weniger als ein glücklicher Zufall betrachtet werden kann. Wären wir zufällig zur Zeit der Weltwirtschaftskrise oder in Süditalien in die Welt gekommen, dann hätten wir die Erfahrung gemacht, wie leicht man in diesem System bei allem Reichtum an Gütern verhungern kann. Auf Grund der absurden Struktur unseres Wirtschaftssystems äußert sich die Tatsache, daß wir bereits im Überfluß leben, in einer verkehrten Form: negativ, dadurch, daß Güter verschwendet, verschrottet werden und daß, wenn dies nicht möglich ist, die Gefahr von Überproduktionskrisen droht. Der menschliche Reichtum existiert nur in der entfremdeten Form eines Überflusses an Dingen. Er äußert sich nicht, wie es allein sinnvoll wäre —, in einem Reichtum an Zeit, in einer Befreiung der Menschen vom universellen Arbeitszwang. Jeder vernünftige Einzelmensch sagt sich, wenn er auf irgendeine Weise zu Reichtum kommt, daß er sich nun ein schönes Leben machen kann und sich nicht mehr abzurackern braucht. Die Vernunft unserer Gesellschaft ist bei dieser schlichten Wahrheit noch nicht angelangt.

Wir, die wir an der Veränderung eines solchen Zustandes arbeiten wollen, dürfen es uns dabei nicht zu leicht machen. Es genügt nicht — wie es die Gefahr der sogenannten „Theoretiker" unter uns ist — Formeln wie: „Radikale Veränderung des Bestehenden", „Apologie" oder „das ist verdingliches Denken" ständig bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit im Munde zu führen. Ebensowenig jedoch genügt es — wie es die Gefahr derer ist, die sich zu den Praktikern zählen — hier und da im kleinen Unzufriedene aufzuspüren, zu sammeln und zu organisieren. Sondern es ist nötig, solche von mir eben noch sehr vage vorgetragenen Hypothesen über Tendenzen und Widersprüche unserer Gesellschaft wissenschaftlich zu erhärten und zugleich durch die Analyse hindurch Ansatzpunkte zum praktischen Eingreifen und Verändern aufzuzeigen.

Dabei müßte man — ganz grob gezeichnet — in drei Schritten vorgehen:

1. wäre, ausgehend von den technisch-ökonomischen Möglichkeiten, die Perspektive einer neuen Gesellschaft zu entwerfen, die sich in die herkömmlichen Begriffe der Mangelwirtschaft nicht mehr einfangen läßt,

2. wären von dieser Perspektive her die Mechanismen in unserer Gesellschaft zu untersuchen, die eine solche objektiv mögliche Entwicklung hemmen und zugleich im Bewußtsein der Menschen den status quo verewigen.

   Dabei wird man wahrscheinlich zu der Erkenntnis kommen, daß die Alternative heute nicht mehr, wie bei Marx, heißt: entweder ungeregelte Marktwirtschaft oder Planung. Vielmehr wird ja bekanntlich schon heute auch die kapitalistische Wirtschaft geplant, aber auf eine Weise, die man von unserer Perspektive her pervertierte Planung nennen könnte. Während jeder vernünftige Einzelmensch plant, um Zeit zu gewinnen, wird im ganzen unserer Gesellschaft das Leben derer, die sie reproduzieren, verplant um Kapital zu gewinnen. In ihr gilt die menschliche Lebenszeit nur als Rohmaterial, das sich in Geld ummünzen läßt.

3. Der dritte Schritt bestände dann darin, in den erwähnten Mechanismen Widersprüche und schwache Stellen aufzuspüren, die zugleich Ansatzpunkte zu einer sinnvollen gesellschaftlichen Praxis liefern könnten. Ohne die Perspektive einer grundlegenden Änderung unserer Gesellschaft aus den Augen zu verlieren, müßten wir im einzelnen Reformprogramme entwickeln, wie es am Beispiel der Hochschule bereits geschehen ist. Zugleich müßten wir uns über Lage und Bewußtseinsstand jener Kräfte informieren, die fähig wären, solche Reformprogramme durchzusetzen.

Mir scheint, daß heute die Linke, nachdem man sich wie der erwähnte Affe Sultan an den Gittern blindlings wundgestoßen hat, zu einem Moment des Innehaltens und Überlegens kommen sollte. Für den SDS und die Förderergesellschaft heißt das, daß wir in der nächsten Zeit durch Analysen die Voraussetzungen für eine sinnvolle politische Praxis erarbeiten müssen. Dazu gehört auch, daß wir auf Grund täglicher Erfahrungen überlegen, wie wir unsere Kräfte vervielfachen können, um so unseren bestehenden Organisationen politische Wirksamkeit zu verschaffen. Für die im engeren Sinne wissenschaftliche Arbeit wäre es sinnvoll, im SDS und vielleicht auch in der Förderergesellschaft das an einigen Orten bereits bewährte Prinzip der Studiengruppen neu zu beleben. Studiengruppen sind nicht dasselbe wie Arbeitskreise, in denen elementares Wissen vermittelt wird. Vielmehr sollten sich dazu 10—12 wissenschaftlich interessierte und möglichst geübte Leute zusammenfinden, um gemeinsam einen bestimmten Stoff zu erarbeiten, mit dem Ziel eines Schlußberichtes, der sowohl Analysen wie praktische Vorschläge enthält und dem Verband, befreundeten Organisationen und evtl. der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann (wieder möchte ich, damit das alles nicht zu utopisch klingt, an die Hochschuldenkschrift erinnern).

Anknüpfend an das, was ich über die notwendigen drei Schritte sagte, sollen hier einige konkrete Themen genannt werden:

1. Eine Studiengruppe sollte das Problem der wirtschaftlichen Konzentration zum Thema haben. Ausgehend von der vorliegenden Literatur zu diesem Sachgebiet müßte ein Begriffsapparat erarbeitet werden, mit dessen Hilfe die bundesrepublikanische Wirtschaftsentwicklung analysiert werden könnte (dabei wäre es möglich, sich auf bereits vorliegendes Material wie Pritzkoleit, Spiegel-Serien, Statistiken, Gewerkschaftsarchive etc. zu stützen). Ziel dieser Arbeitsgruppe müßte es sein, an Hand der so gewonnenen Erkenntnisse ein realisierbares wirtschaftspolitisches Programm zu entwickeln, das die heute vorliegenden Programme unter Umständen korrigiert.

2. Eine andere Studiengruppe müßte die in der „neuen kritik" angeschnittene Frage über Änderungen der Kooperationsformen als Folge von Wandlungen in der Produktion im einzelnen untersuchen. Sie könnte dabei Ansatzpunkte für eine Konkretisierung und Erweiterung der Mitbestimmung entwickeln. Diese Arbeitsgruppe sollte die Marxsche Fragestellung im Auge behalten, wie bei gleichbleibender oder gar noch gesteigerter Produktivität die Arbeit sich „mit dem geringsten Kraftaufwand" und unter den „der menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen" vollziehen könnte.

3. Eine Studiengruppe sollte das Problem von gesellschaftlich notwendiger und zusätzlicher (das ist gesellschaftlich nutzloser) Arbeit analysieren. Ausgehend von der sehr vorläufigen Marxschen Bestimmung der produktiven Arbeit über den Stellenwert dieses Begriffs in den Untersuchungen moderner bürgerlicher Ökonomen müßten wissenschaftliche Kriterien entwickelt werden, mit deren Hilfe sich bestimmen läßt, in welchen Wirtschaftszweigen und bürokratischen Apparaten Arbeit verschwendet wird. Ziel dieser Arbeitsgruppe müßte es sein, unter der Perspektive einer rationalisierten Gesellschaft Vorschläge für eine radikale Vereinfachung von Bürokratien zu machen und die mögliche Arbeitszeitverkürzung in einzelnen Wirtschaftszweigen konkret zu begründen.

4. Eine Studiengruppe über Kulturindustrie sollte jene Einflüsse untersuchen, die das Bewußtsein von Arbeitern und Angestellten heute weitgehend fremdbestimmen. Eine Untersuchung von Schlagertexten, Dutzendfilmen, Groschenheften, der Bild-Zeitung usw. soll die Mechanismen aufzeigen, mit denen man die Menschen heute künstlich an jener Grenze festhält, an der das Nachdenken über „die Anordnungen der Führerschaft" anfangen könnte.

Ich habe diesen Aspekt unserer Arbeit herausgegriffen, weil es mir scheint, daß wir gerade auf diesem Gebiet gesellschaftlich Relevantes leisten könnten. Denn es ist bei uns üblich geworden, daß Wissenschaftler sich in der Regel nur mit Wissenschaft und Politiker nur mit Politik abgeben. Dieser Zustand wird vielleicht am ehesten durch eine Bemerkung illustriert, die ich kürzlich in einem Artikel über die IG-Metall fand. Dort wurde der Verdacht und Vorwurf geäußert, daß Otto Brenner, der sich anmaße, in der bundesdeutschen Politik eine Rolle zu spielen, sich das Bücherlesen noch nicht ganz abgewöhnt habe. Ich zitiere wörtlich: „Mit Büchern wird heute keine Politik gemacht. Welche einflußreichen Leute lesen heute noch ein Buch?" Diese Bemerkung zeigt, wie sehr zur Erhaltung des status quo die blinde und sogar theoriefeindliche Praxis gehört. Veränderung aber und jeder Schritt zu einer freien Gesellschaft ist untrennbar mit Theorie verbunden. Sozialistische Theorie sprengt die Borniertheit und Zukunftslosigkeit des spätbürgerlichen Bewußtseins. Wir haben es daher nicht nötig, mit einem Ideal vor dem Kopf herumzulaufen oder eine Ideologie gleich einem roten Lämpchen mit uns herumzutragen, das alle Gegenstände in ein sanftes, den Augen angenehmes Licht taucht. Unsere Theorie sollte eher einem Scheinwerfergerät gleichen, dessen Licht stark genug ist, ein Stück des Wegs in die Zukunft zu erhellen, das aber zugleich, auf die gegenwärtige Gesellschaft gerichtet, grell ihre Risse, Sprünge, Jahrhunderte alten Staub, Muff und Spinnweben beleuchtet. Wenn wir so unsere Arbeit betrachten, werden wir vielleicht dem Anspruch gerecht, wirklich Neue Linke zu sein.

Aspekte zur gegenwärtigen Situation der Notstandsplanung

Diether Sterzel

Nachdem der von Schröder vorgelegte Notstandsgesetzentwurf am entschiedenen Widerstand insbesondere der deutschen Gewerkschaften gescheitert und mit Ablauf der dritten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags im vorigen Jahr unter den Tisch gefallen war, versucht die Bundesregierung erneut, die unbedingt rechtsstaatliche Position des Grundgesetzes mit dem Vorbehalt einer Notstandsdiktatur zu versehen und dadurch zu einer autoritären Staatsverfassung umzuprägen. Dabei hat sich die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Parteien CDU/CSU und FDP beim zweiten Anlauf schon dadurch in eine günstigere Ausgangsposition setzen können, daß sie nach der früheren entschiedenen Ablehnung nunmehr die grundsätzliche Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei erhalten hat. Die SPD ließ sich dabei von der angeblichen Notwendigkeit einer Notstandsplanung leiten und sie gibt vor, nur durch Verhandlungen mit der Bundesregierung sei eine gemäßigte Notstandregelung zu erreichen. Sie hat damit die einzig gebotene Politik, nämlich die der radikalen Verteidigung des Grundgesetzes, aufgegeben. Es ist zu befürchten, daß die SPD die einmalige Chance vorübergehen läßt, durch Ausübung ihrer Sperrminorität im Parlament zur Erhaltung der unbedingten Voraussetzungen von Rechtsstaat und Demokratie beizutragen. Die Gewerkschaften haben nicht zufällig auf ihren bisherigen Kongressen jedwede Notstands- und Zivildienstgesetzgebung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Sie haben sich damit in offenen Widerspruch zur SPD gestellt.

Angesichts der unmittelbaren Bedrohung für Rechtsstaat und Demokratie ist es für die demokratischen Kräfte notwendig, ihre Kritik an der geplanten Verfassungsänderung in Zukunft präziser zu fassen und wirksamer in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Nach Ansicht von Bundesinnenminister Höcherl bedürfen das Grundgesetz und die allgemeinen Gesetze im Hinblick auf zukünftige innen- oder außenpolitische Ausnahmesituationen entscheidender Ergänzungen. Es handelt sich dabei um

1. das Notstandsgesetz, das wegen der darin enthaltenen Verfassungsänderung nur mit verfassungsändernder Mehrheit, also 2/3 Mehrheit angenommen werden kann, und

2. einen Katalog von Gesetzen auf dem Gebiete des sogenannten zivilen Bevölkerungsschutzes, nämlich das vom Kabinett schon verabschiedete Zivildienstgesetz (das Schröder noch Notdienstgesetz nannte), das Schutzbaugesetz, das Selbstschutzgesetz, das Evakuierungsgesetz, das Sicherstellungsgesetz für die Wirtschaft und das Gesetz für Ernährung und Verkehr.

Das eigentliche Notstandsgesetz nimmt dabei eine Vorrangstellung ein, weil in ihm die erforderlichen Änderungen derjenigen Grundgesetzartikel vorweggenommen werden sollen, die wegen ihres demokratischen, die Freiheit von Einzelpersonen, Parteien und Gewerkschaften schützenden Inhalts einer Notstandsregelung im Wege stehen. Die Bundesregierung hat allerdings bezeichnenderweise bei dem kürzlich von ihr verabschiedeten Zivildienstgesetz die durch die Verfassung gesetzten Schranken nicht mehr gesehen und die wehrwirtschaftliche Erfassung der westdeutschen Bevölkerung im Wege einfacher Gesetzgebung geplant.

Der konkrete Inhalt der geplanten Grundgesetzänderung durch die Notstandsgesetze ist zur Zeit nicht bekannt. Da Bundesregierung und SPD offensichtlich glauben, der durch die Notstandsgesetzgebung unmittelbar betroffenen Bevölkerung eine öffentliche Diskussion nicht zumuten zu können, findet die Beratung über die wichtigste verfassungspolitische Entscheidung nach Einführung der Wehrpflicht hinter verschlossenen Türen statt. Um die hier deutlich werdende Einstellung gegenüber der demokratischen Realität zu verdeutlichen, mag das folgende Zitat genügen: „Erst n a c h Verabschiedung der grundlegenden Bundesgesetze kann nach Meinung der Experten des Bundesinnenministeriums eine großangelegte Aufklärungsaktion, verbunden mit einer Beratung der Bevölkerung, anlaufen" (Frankfurter Rundschau vom 10. 3. 1962).

Gleichwohl muß bei den Überlegungen über das Notstandsgesetz davon ausgegangen werden, daß der neue von Bundesinnenminister Höcherl vorzulegende Entwurf trotz der Beschwichtigungspolitik, die die Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit betreibt, keine im Sinne demokratischer Vorstellungen gereinigte Auflage des Schröderschen Entwurfes sein wird. Es ist vielmehr zu erwarten, daß Höcherls Notstandsgesetzentwurf die Ausschaltung demokratisch-rechtsstaatlicher Sicherungen für den einzelnen und die Organisationen der Arbeitnehmer in gleicher Weise wie bisher vorsieht.

Da der Bundesinnenminister Höcherl nach einer Verlautbarung seines Ministeriums die Notstandsplanung Schröders nicht durch einen „faulen Kompromiß verwässern" lassen will, ist im Notstandsfall die Außerkraftsetzung fast aller Grundrechte im Verordnungswege zu erwarten. Es handelt sich dabei um folgende Grundrechte:

1. Die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person (Art. 104 II, III GG),

2. Die Freizügigkeit aller Deutschen im ganzen Bundesgebiet (Art. 11 GG),
3. Das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit und Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film (Art. 5 I GG),
4. Die Freiheit der Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 III GG),
5. Die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG),
6. Das Recht, Vereine und Gesellschaften zu gründen (Art. 9 I GG)
7. Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden (Art. 9 III GG)
8. Das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungstätte frei zu wählen. (Art. 12 GG)

Nach Aufhebung dieser Grundrechte wäre es zum Beispiel möglich, das Abhören als feindlich geltender Sender zu verbieten, Zwangsarbeit einzuführen, Vereine und Gewerkschaften aufzulösen und Konzentrationslager einzurichten, wie Ministerpräsident Zinn sicher zu Recht festgestellt hat.

Es bleibt aller Voraussicht nach außerdem weiterhin bei der unklaren Vermengung von äußerem und innerem Notstand. Die gesetzliche Planung bindet auch heute noch den Notstandsfall an das Vorliegen eines „Spannungsfalls" oder „drohenden Verteidigungsfalls", so daß für Willkürmaßnahmen ein breiter Spielraum bleibt. Denn eine juristisch präzise Beschreibung dieser Begriffe ist nicht möglich.

Es blieb ausgerechnet Strauß vorbehalten, zu erklären, was nach Ansicht der Bundesregierung darunter zu verstehen ist. „Die Frage, ob ein Spannungsfall vorliegt oder nicht, unterliegt der politischen Beurteilung oder vielleicht auch dem Wirklichkeitssinn derer, die diese politische Beurteilung vorzunehmen haben" (Vgl. „Parlament" vom 6. 7. 1960).

Die Gewerkschaften müssen sich darüber im klaren sein, daß die Bundesregierung nach wie vor unter „Spannungsfall" auch Arbeitskämpfe und andere soziale Unruhen verstehen will. Dies ist aus den Stellungnahmen von Höcherl klar ersichtlich. Der legale Streik der Arbeitnehmer soll zwar durch den Entwurf nicht berührt werden. Ob sich jedoch ein Arbeitskampf im legalen Rahmen hält, hängt maßgeblich von der Rechtsprechung des BAG ab, das seit seinem grundlegenden Urteil zum Zeitungsstreik die Frage, ob ein Streik sozial-adäquat und damit legal ist, arbeitnehmerfeindlich interpretiert. Ein Einschreiten der Exekutive ist aber weiter nach Ansicht Höcherls über den Fall der Illegalität hinaus notwendig, wenn bei einem legalen Streik Versorgungsschwierigkeiten auftreten. In welchem Streik ist das eigentlich nicht der Fall?

Abgesehen von den schweren verfassungspolitischen Bedenken, die eben vorgetragen worden sind, ist es unsere Überzeugung, daß die bestehenden Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen ausreichen, um jeden wirklichen Notstand abzuwehren, ohne Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr zu bringen oder sogar zeitweise außer Kraft zu setzen.

Die Fehlentwicklung der Weimarer Republik, die allzugern heute allein dem Art. 48 Wr Verfassung zugeschrieben wird, stand zweifellos im Mittelpunkt der Überlegungen, als es darum ging, das Grundgesetz für die Bundesrepublik zu formulieren. Der Parlamentarische Rat hat nämlich 1949 bewußt diejenige Notstandslösung gewählt, die heute mit dem Grundgesetz in Kraft ist und die Überwindung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ohne riskante Diktatur-Ermächtigungen garantiert.

Es handelt sich dabei um folgende Kombination von Grundgesetzartikeln:

1. Nach Art. 9 II GG sind Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten;
2. Art. 18 GG spricht die Verwirkung der Grundrechte für denjenigen aus, der diese zum Kampf gegen die freiheitliche Grundordnung mißbraucht;
3. Art. 21 II GG, wonach Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, den Bestand der BRD zu gefährden, durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden können.

Dazu gehören auch die in ihrer Weite einmaligen Strafbestimmungen betreffend den Staatsschutz, §§ 80 ff. StGB, nach denen der Bundesgerichtshof z. B. einen FDGB-Vertreter wegen staatsgefährdenden Nachrichtensammelns bestrafen konnte, der nach dem amtlichen Tatbestand sich über lohn- und arbeitsrechtliche Fragen in München (u. a. über die Kartoffelpreise oder die Höhe des Weihnachtsgeldes) erkundigen wollte (vgl. Neue Juristische Wochenschrift 1960, S. 222).

Es handelt sich also bei den Grundrechtseinschränkungen in Verbindung mit den Strafbestimmungen um eine Konstruktion, die die Aktionsmöglichkeiten antidemokratischer Kräfte praktisch unmöglich macht.

Außerdem enthält das Bonner Grundgesetz in Art. 81 eine Bestimmung für den sog. Gesetzgebungsnotstand, so daß sichergestellt ist, „daß der Bund im Bundestag die dringlichsten gesetzgeberischen Aufgaben bewältigen kann, wenn der Bundeskanzler für ein gestelltes Vertrauensvotum nicht die erforderliche Mehrheit erhält".

Ferner ist in Art. 91 GG zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der BRD die gegenseitige polizeiliche Hilfe der Länder garantiert, und die Bundesregierung kann sogar die Polizei notfalls ihren eigenen Weisungen unterstellen. (Allerdings enthält Art. 91 ausdrücklich eine der föderalistischen Struktur des westdeutschen Staatsgebietes angepaßte Kontrollmöglichkeit dadurch, daß die Anordnungen der Bundesregierung jederzeit auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben sind.)

Darüber hinaus ist gemäß Art. 37 BGG die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates befugt, ein Land, das die ihm nach dem BGG oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, durch die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung seiner Pflichten anzuhalten.

Wenn demgegenüber in der Öffentlichkeit behauptet wird, im übrigen auf Gewerkschaftsseite von Leber, es fehle bei der augenblicklichen verfassungsrechtlichen Lösung an dem erforderlichen Schutz zur Bekämpfung von Naturkatastrophen, dann geht auch dies an der tatsächlich bestehenden Rechtslage vorbei. Die Begegnung von Katastrophenfällen — etwa der Hamburger Flutkatastrophe — ist durch Eingriffe der öffentlichen Gewalt möglich. Die Ermächtigungsgrundlage bietet die in allen Ländern vorhandene Generalklausel, nach der die Polizeiorgane in die Rechte natürlicher und juristischer Personen eingreifen können, wenn eine Gefahr abzuwehren ist, die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht. Diese polizeiliche Ermächtigung liegt im Rahmen des jedem Grundrechts vorgegebenen Gesetzesvorbehalts, nämlich daß ein Grundrecht eingeschränkt werden kann, wenn die Rechte anderer oder die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht sind.

Im engen Zusammenhang mit der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung steht das von der Bundesregierung dem Bundestag vorgelegte Notdienst- oder Zivildienstgesetz. Dieser Gesetzentwurf ist — wie nachstehende Aufstellung zeigt — seinem Inhalt nach von gleicher Bedeutung wie das Notstandsgesetz. Leider wird in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet, in welchem Umfang auf Grund dieses Gesetzes in die Rechte des einzelnen eingegriffen werden kann.

Abschließend ist festzustellen: es ist nicht auszuschließen, daß die Bundesregierung zunächst mit einer demokratisch bereinigten Notstandsregelung das Hindernis der verfassungsändernden Mehrheit nimmt, um dann später die nach wie vor intendierten Verschärfungen im Wege einfacher Gesetzgebung einzuführen. Damit könnte dann später ohne die Stimmen der SPD eine demokratiefeindliche Notstandsplanung, die dann auch die Gewerkschaften unmittelbar betreffen würde, z. B. durch Einschränkung der Koalitionsfreiheit und Tarifhoheit, sowie eine Zwangsschlichtung, nur mit den Stimmen der CDU/CSU und FDP beschlossen werden.

Aus all den genannten Gründen können wir nur bei einem konsequenten Nein zur Notstandsgesetzgebung bleiben.

DIE WICHTIGSTEN BESTIMMUNGEN DES NOTDIENST- ODER ZIVILDIENSTGESETZENTWURFES

Wann können Zivildienste gefordert werden?

1. „Wenn der Eintritt des Verteidigungsfalles festgestellt worden ist" (§ 4);

in Friedenszeiten:

2. „wenn durch eine fremde bewaffnete Macht Feindseligkeiten gegen die Bundesrepublik eröffnet werden" (§ 4);
3. wenn die Bundesregierung feststellt, daß Dienstleistungen „den Umständen nach dringend erforderlich sind" für
   a „lebenswichtige und verteidigungswichtige Aufgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte"
   b „Aufgaben im nichtöffentlichen Bereich, die dem Schutz und der Versorgung der Zivilbevölkerung oder der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen" (§§ 3 und 4);
4. ohne diese Voraussetzungen können Zivildienstleistungen zu „Ausbildungsveranstaltungen" gefordert werden. Diese betragen bei „Erstausbildungen" bis zu 200 Stunden oder 28 Tagen im Jahr, bei späteren Ausbildungen bis zu 100 Stunden oder 14 Tagen.

Wer muß Zivildienste leisten?

Die Zivildienstpflicht beginnt mit der Vollendung des 18. Lebensjahres und endet für Männer mit Vollendung des 65. und für Frauen mit Vollendung des 55. Lebensjahres (§ 9).

Ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis besonderer Art:

Durch die Heranziehung zu Dienstleistungen in einem „Hilfsdienstverhältnis" (gemäß § 5 Abs. 1 Ziff. 3) entsteht ein „öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis besonderer Art"; dieses Dienstverhältnis tritt selbständig neben das Beamtenverhältnis und das Soldatenverhältnis und ist „nach den besonderen Bedürfnissen des Ernstfalles auszugestalten" (§ 36 und Begründung der Bundesregierung zu § 36).

Die Pflichten des Dienstpflichtigen

Der Herangezogene ist verpflichtet, die ihm übertragene Aufgabe nach besten Kräften zu erfüllen und hierbei, soweit zumutbar, auch Gefahren auf sich zu nehmen (§ 29).
Der Herangezogene im Hilfsdienstverhältnis ist auf Anordnung verpflichtet, „in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen und Dienst- oder Arbeitskleidung zu tragen". Er hat erforderlichenfalls „Arbeitskleidung und Handwerksgeräte" mitzubringen und zu verwenden (§ 37).

Strafen

Wer als Herangezogener eigenmächtig ohne zwingenden Grund seine Dienst- oder Arbeitsstelle verläßt oder ihr fernbleibt und vorsätzlich oder fahrlässig länger als 3 volle Kalendertage abwesend ist, wird mit Gefängnis oder Einschließung bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft (§ 63 Abs. 1).

Wer als Herangezogener eigenmächtig seine Dienst- oder Arbeitsstelle verläßt oder ihr fernbleibt, um sich dem Zivildienst dauernd zu entziehen, wird mit Gefängnis oder Einschließung bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft (§ 62 Abs. 2).

Wer sich als Dienstpflichtiger nicht meldet, einen Wohnungswechsel nicht mitteilt, falsche Angaben macht, sich nicht untersuchen läßt oder der Heranziehung zu einer Ausbildungsveranstaltung nicht Folge leistet, wird mit Geldstrafen bis zu 10 000 DM bestraft (§ 65).

— t

Antisemitismus heute

Dieter Hirschfeld

Die Frage nach dem Antisemitismus heute ist die Frage nach seinem Potential. Gerade gegenüber den bundesdeutschen Bräuchen, Vergangenheit zu bewältigen und in regelmäßiger Abfolge „Brüderlichkeit" zu üben, ist der Rückgang auf die gesellschaftlichen Bedingungen am Platze, denen Antisemitismus entstammt. Judenfeindlichkeit entfaltet sich historisch nämlich weniger als vereinzelte, absichtliche Bösartigkeit, der mit dem bloß moralischen Appell, sich doch des guten Willens und der Nächstenliebe zu befleißigen, zu begegnen wäre, noch als je individueller Hexenwahn, dem der Analytiker beikommen könnte, sondern ist mit dem Fortgang der ganzen bisherigen Gesellschaft auf schicksalhafte Art und Weise verknüpft. Antisemitismus ist keineswegs ein moralischer, beliebig reparabler faux pas, wie jene Praktiken unterstellen. Es muß im Gegenteil als berechtigt gelten, weniger von einem der Totalität der Gesellschaft nur akzidentiellen, isolierten Antisemitismus als von einer prinzipiell antisemitischen Gesellschaft zu sprechen. Als Bestimmung dieser Gesellschaft muß die undurchdringliche, in ihr waltende Herrschaft angenommen werden, die in den Menschen als Entsagung und daraus entspringender Aggression sedimentiert ist. Die „abstrakte", „naturgeschichtliche" Basis des Antisemitismus liegt in diesem Potential von Aggressionen beschlossen.

Die eigentliche Schwierigkeit beginnt mit der Aufhellung des Zusammenhanges von „abstraktem" Potential, das unter der herrschaftlich vermittelten Gesellschaft in den Individuen als Aggression sich verbirgt, und dem konkreten, historischen Antisemitismus, dessen nur auf geringer Breite sich wandelnde Formeln die abendländische Gesellschaft begleiten. Am „bürgerlichen" Antisemitismus, dessen Verbreitung, Politisierung und Zuspitzung genauso Aufstieg und Verfall der liberalen Gesellschaft bezeichnen wie Wandlungen der Konkurrenz oder des Kapitals, läßt sich dieser Zusammenhang exemplarisch zeigen. Die auf dem Individualprinzip aufbauende Gesellschaft entzieht den Menschen die Möglichkeit, Entsagungen kollektiv zu bewältigen, wie das der mittelalterlichen, glaubhaft als gottgewollte hypostasierten Ständegesellschaft möglich war. Die bürgerliche Gesellschaft bricht mit der Praxis, die reellen Glücksansprüche der einzelnen in ein vorgeblich menschenwürdigeres Jenseits zu verlegen. Indem sie die Menschen abstrakt auf ihre sogenannten „Fähigkeiten" stellt, läßt sie gesellschaftliche Frustrationen durch Institutionen ungebrochen in ihnen entstehen. Die wichtigste Folge dieses Vorgangs ist die Verschärfung der Aggressionsbereitschaft, was besonders bei denjenigen sich auswirkt, die in der neuen liberalen Gesellschaft ökonomisch und sozial ins Hintertreffen geraten. Die militanten Formen des Antisemitismus sind in der Tat im absinkenden Kleinbürgertum und Kleinhandwerk anzutreffen und noch eine neuere Studie (1) kommt zu dem Ergebnis, daß die meisten antisemitischen Stereotype heute im mittleren und unteren Bürgertum (einfache Beamte, Angestellte, kleine Selbständige) fortleben. Um überhaupt etwas zu sein, sind die Zukurzgekommenen Antisemiten und Sartres Ausdruck, daß der Antisemitismus „Snobismus der Armen" sei (2), scheint weniger dem Proletariat zugedacht als denen, die in der mobil werdenden Gesellschaft deklassiert werden.

Bei allem modernen Antisemitismus handelte es sich ursprünglich um eine Aufkündigung der bestehenden Verhältnisse, um Opposition, die zunächst einen durchaus rationalen Kern besaß. Die Frage aber bleibt ungeklärt, warum vornehmlich und mit solcher Hartnäckigkeit diese Opposition auf die Jugen in der Form von Aggressionen abgelenkt wurde. Freud (3) sowie auch Arnold Zweig (4) und Eva Reichmann (5) haben auf eine Reihe von Umständen in der Sonderexistenz der Juden aufmerksam gemacht, die geeignet waren, noch unqualifizierte Haßtendenzen zu objektivieren. Nicht nur, daß die Juden überall Eingewanderte waren, denen der Argwohn der Angestammten begegnete, auch die spezifische S c h w ä c h e einer Minorität, die im übrigen eigenständig bleiben wollte und auf die Übermächtigkeit projiziert wurde, um mit dem Schein der Legalität auf sie losgehen zu können, müssen als Angriffsflächen aggressiver Tendenzen angesehen werden. Die jüdische „Ubiquität" (Reichmann), die tägliche Berührung, besonders aber die „kleine Differenz" zu den Wirtsvölkern, der Umstand, daß die Juden gleichzeitig fremd und heimisch, mithin „unheimlich" waren (6), sind Elemente, die die blinde Aggression zur „pathischen Projektion" (Adorno) werden ließen. Daß dies mit der Unüberschaubarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse zusammenhängt, wird noch an nationalsozialistischen Äußerungen offenbar, in denen das „jüdische Problem" als „Schlüssel" (Rosenberg) des Weltverständnisses überhaupt figuriert. Insbesondere konzentrierte sich das „Vorurteil" auf die „jüdische" Zirkulationssphäre, die für die „deutschen Christen" tabu war. Die Beharrlichkeit, mit der hier das Ressentiment sich ausbreitete, läßt auf eine verdeckte Liberalismusfeindschaft schließen; subjektiv meint der Antisemit mit dem Liberalismus die Juden, objektiv mit den Juden den Liberalismus.

Anhand eines Gedankenganges Georg Simmels (7) läßt sich demonstrieren, wie notwendig der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft auch von der Existenz eines „Fremden", des Juden, abhing. Als Ersatz für die Unmöglichkeit, unter dem obwaltenden Herrschaftsprinzip eine freie Vergesellschaftung der Menschen durchzuführen, werden fiktive „Gemeinschaf-

ten", vorab das „Volk" geschaffen, deren Solidarität sich nur durch die Abhebung gegen einen „Fremden" herstellen ließ. Dieser „Fremde" stellte naturgemäß durch seine bloße Existenz als ein von dieser Gesellschaftsordnung Ausgeschlossener geltende Ansprüche und Normen in Frage. In die Rolle als „Fremder" schon durch mittelalterliche Gesetzgebung gezwungen, zieht der Jude alle sich daraus ergebenden und angestauten Aggressionen auf sich, er wird bevorzugtes Aggressionsobjekt. Das schlechte Gewissen, das die „Völkischen" mit ihrer falschen, fiktiven „Gemeinschaft" haben, entlädt sich an der „Schlechtigkeit" der Juden, ja die „Volksgemeinschaft" konstituiert sich erst in der Verfolgung unterprivilegierter Gruppen, ihre „Ideologie" ist von vornherein negativ. —

Das nationale Trauma, das dem Nationalsozialismus folgte, ist durch Schuldabwehr und durch die Wendung zum Apolitischen auf zweifelhafte Art und Weise zur Ruhe gekommen. Reste nationalsozialistischer Ideologie, leere Worthülsen, geistern unbehelligt zwar in vielen Köpfen, ohne daß aber zu befürchten wäre, daß sie sich unmittelbar zu neuen gefährlichen Dispositionen amalgamierten. Das aggressive Potential bildet sich heute offenbar eher auf einer anderen Basis; die Visisektion, die das heutige Bürgertum an sich selber vornimmt, erfolgt kaum noch auf der Grundlage der Nationalstaaten, sondern weit mehr auf der des westlichen Abendlandes. Die Konsolidierungsmöglichkeiten sind jedoch beschränkter denn je, was in den Klagen, der Westen habe dem kommunistischen Osten keine gleichwertige „Ideologie" entgegenzusetzen, einigermaßen unverhohlen zum Ausdruck kommt. Das Bürgertum steht vor der Aufgabe, ein halbwegs substantielles Verständnis seiner selbst durchzuführen, ohne die Beschränktheit der formalen Demokratie zu sprengen. Es ist hierbei freilich vor allem an den Antikommunismus zu erinnern, den charakteristisch „negativen" Lösungsversuch, dessen außerordentliche gesellschaftliche Resonanz darauf verweist, daß die Leerstelle des kompromittierten Antisemitismus durch ihn eingenommen ist. Ähnlich dem Verfahren der „völkischen" Antisemiten, die „den" Juden zur ideologischen Konsolidierung der eigenen „Gruppe" als Gegentypus einführten, ist das Selbstverständnis der westlichen Hemisphäre orientiert am Gegentypus des Kommunisten. Der Antikommunismus ist unter diesem Aspekt nicht Marotte einer reaktionären Minderheit. Der neue „Fremde" ist apolitisches Zerrbild wie ehedem „der" Jude. Er vereinigt wie dieser alle auswechselbaren und widersprüchlichen Attribute auf sich. Sicherlich ist es wahr, daß der große antikommunistische boom der McCarthy-Ära im Abklingen begriffen ist und selbst klügere Leute der Rechten ihm als politisches System kaum noch besondere Chancen geben; aber die allgemeinen antikommunistischen Empfindungen, „volkstümlich" wie früher der Judenhaß, behaupten sich zäher denn je, behaupten sich als Überhang aggressiver Tendenzen, die kaum mehr unmittelbar aus kommunistischer „Bedrohung" sich herleiten lassen.

(1) P. Schönbach „Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960" (Frankf. Beiträge zur Soziologie, Sonderheft 3) (Frankfurt 1961) S. 80 f.

(2) „Betrachtungen zur Judenfrage" („Réflexions sur la Question Juive") in „Drei Essays" (Berlin 1960)

(3) „Der Mann Moses und die monotheistische Religion" (Imago-Gesamtausgabe, London 1952, Bd. 16)

(4) „Caliban oder Politik und Leidenschaft" (Potsdam 1927)

(5) „Flucht in den Haß" (Frankfurt 1956)

(6) S. Freud „Das Unheimliche" (Imago-Gesamtausgabe, London 1952, Bd. 12)

(7) „Der Fremde" in „Soziologie" (Leipzig 1908)

Andorra – die Moral auf dem Theater

Dietlind Reck

„Andorra" ist ein großer Erfolg geworden. Die ganze Spielzeit hindurch sicherte man sich die Karten schon im Vorverkauf, jeder Abend brachte ein vollbesetztes Haus. Die Presse begrüßte „Andorra" als großes Ereignis und bewunderte nicht nur das künstlerische Niveau, sondern auch den polemischen Charakter des Stückes. „Zum zweitenmal (nach Dürrenmatts „Besuch der alten Dame") tritt das Theater in seine Funktion der Läuterung ein. Zum zweitenmal hat ein deutschsprechender Autor den Verrat am Menschenbruder zur Sache der Dichtkunst gemacht" schreibt die FAZ vom 22. 1. 1962. Dieser Verrat wurde an einem Menschen begangen, den man zum „Jud" gestempelt hatte, ein für das deutsche Publikum noch immer aktuelles Thema. Hierzu die FAZ: „Uns Deutschen ist der Antisemitismus noch immer der nächstliegende Modellfall verblendeter Ideologie, welche notwendig zum Brudermord führt. Von daher kann uns dieses „Andorra" nicht gleichmütig lassen. Das Tun und Nichttun, das Reden und Schweigen, weht uns wie Grabeswind eigener, noch nicht vergessener Untat an ... Im übrigen sah man manche Träne, vielleicht aus der Reue, nicht nur der Betroffenheit."

Daß „Andorra" nach Ansicht der Presse eine Welle der Betroffenheit, Beklemmung, Rührung, Reue, Läuterung ausgelöst haben soll, ist zwar eine Übertreibung; wahr ist aber sicher, daß dieses Stück das Publikum nicht einfach unverbindlich entlassen will, sondern auf direkte Wirkung bedacht

ist. Worauf beruht diese Wirkung und wie ist sie inhaltlich bestimmt? Da das Stück nur unter diesem Aspekt betrachtet werden soll, muß auf die Erörterung einzelner ästhetischer Mängel, wie z. B. der beiden letzten unangemessen-grotesken Szenen, oder besonderer Vorzüge, wie z. B. der sprachlichen Dichte des Parts von Andri im neunten Bild, verzichtet werden.

Kurz die Fabel des Stückes: ein Lehrer bringt ein Kind aus dem feindlichen Nachbarland nach Andorra und gibt es — obwohl es sein eigenes ist — aus Feigheit als Judenkind aus. Die Andorraner loben die Tat als hochherzig, weil sie den Antisemitismus der Nachbarn nicht teilen. Das Kind wächst unbehelligt auf, bis eines Tages — und hier setzt das Stück ein — der Judenhaß auch in Andorra um sich greift. Der Junge Andri, der in Wahrheit kein Jude ist, wird in die Rolle eines solchen hineinmanövriert. „Du bist feig, weil du ein Jud bist", „der Jud hat kein Gemüt", „der Jud liebt sein Vaterland nicht", „der Jud schaut alleweil aufs Geld" tönt es dem Jungen von allen Seiten entgegen. Der Lehrer wagt aus Feigheit nicht, die Wahrheit aufzudecken, die Situation des Jungen spitzt sich immer mehr zu, er findet keinen anderen Zugang zur Gesellschaft denn als „Jud", er verliert die Geliebte und Freunde. Bei einem Überfall der feindlichen Nachbarn wird Andri als Jude ermordet, ohne daß die Andorraner aus ihrer Gleichgültigkeit aufgeschreckt werden; sie sind bemüht, schnell zu vergessen. In eingeblendeten Zwischenszenen versuchen sie, sich vor dem Publikum zu rechtfertigen und ihren Anteil an dem Schicksal Andris zu leugnen.

Auf der Darstellung der Entstehung eines Juden, der Entstehung einer gesellschaftlichen Rolle liegt das Hauptgewicht der Handlung. Über zehn Bilder hinweg wird geschildert, wie Andri von seiner Umgebung — die in den Figuren des Pfarrer, Doktor, Lehrer, Tischler, Soldat, Wirt als Kleinstadtmilieu gezeichnet ist — psychologisch unter Druck gesetzt wird. Auf das psychologische Geschehen legt Frisch den Schwerpunkt, von vornherein arbeitet er der politischen Ebene entgegen; der Zuschauer soll Einblick in das nur-menschliche Geschehen erhalten. Prinzipiell ließe sich das Problem der Judendiskriminierung durchaus vom Psychologischen her aufrollen, denn eine scharfe Analyse der Umwelt Andris müßte in der Frage nach dem Grund des Judenhasses auf politisch-historische Zusammenhänge stoßen. Da aber Frisch die historische Frage abschneidet, die politische Ebene verkürzt, das Problem der Entstehung eines Juden nur Modell für die Entstehung von Rollen überhaupt sein soll („Andorra ist der Name für ein Modell" schreibt Max Frisch in der Ausgabe seiner Stücke), tendiert das Stück zur Abstraktheit sowohl in der Darstellung der Figuren als auch in seiner Wirkung, die, wie noch zu zeigen sein wird, in gängigem Moralismus besteht. Die Abstraktheit der Gestalten zeigt sich in der völligen oder teilweisen Uneinsichtigkeit ihrer Handlungsmotive; der Judenhaß wird zwar in einigen Fällen durchbrochen — so leuchten einem die Schimpfworte des Soldaten als Projektionen des eigenen Unvermögens und die freundliche Toleranz des Pfarrers als berufsgebunden ein — der Rest jedoch wird allein durch die politischen Assoziationen des Publikums gestützt. Einzig Andris Verhalten wird vom Psychologischen her angefaßt und zugleich als Reaktion auf die bedrückende Umwelt evident.

Das, was uns als willkürlich und damit als Schwäche des Stückes erscheint, erfährt vielleicht einige Aufklärung durch Frischs theoretische Vorstellungen von der Entstehung einer Rolle. So können wir im Werkstattgespräch mit Bienek lesen: „Jeder Mensch erfindet sich früher oder später eine Geschichte, die er, oft unter gewaltigen Opfern, für sein Leben hält, oder eine Reihe von Geschichten, die mit Namen und Daten zu belegen sind, so daß an ihrer Wirklichkeit, scheint es, nicht zu zweifeln ist. Trotzdem ist jede Geschichte, meine ich, eine Erfindung. Und daher auswechselbar." Das Erfinden ist also Eigenschaft des Menschen; durchschaute er diese seine Möglichkeit, in wie vielen Fiktionen könnte er sich selbst zur Darstellung bringen. Zwar legt auch Frisch den Erfindungen noch unbestimmte Erfahrungen, „Erlebnismuster" zugrunde, aber für jedermann sichtbar erscheinen diese nur in Erfindungen. Daß die Andorraner also in bestimmter Weise handeln, hat natürlich noch einen Grund in ihren Erfahrungen, aber diese zu erschließen ist Frisch nicht imstande, ebensowenig, wie er es im „Stiller" vermochte. Seine psychologische Betrachtung hält sich an das unmittelbar Sichtbare; dem widerspricht auch nicht, daß ihm jene Freiheit des Geistes, die sich im Erfinden von Rollen offenbart, suspekt wird durch die Einsicht in die Komplexität der menschlichen Beziehungen: „In gewissem Grad sind wir wirklich das Wesen, das die anderen in uns hineinsehen, Freunde wie Feinde. Und umgekehrt! Auch wir sind die Verfasser der anderen: wir sind auf eine heimliche und unentrinnbare Weise verantwortlich für das Gesicht, das sie uns zeigen." Das Subjekt bestimmt, wird aber auch bestimmt durch vielfältigste Beziehungen, die ein dichtes Netz von Fiktionen um es legen. Freiheit oder Determination? Bei Frisch bestehen beide unvermittelt nebeneinander. Und nur dieses Nebeneinander gibt ihm trotz seiner theoretischen Rollenvorstellung, die in der Konsequenz im circulus vitiosus enden müßte, die Möglichkeit, Spieler und Gegenspieler, Erfindende und Determinierte aufzubauen. Daß die Erfindenden selbst Determinierte sind, versucht er im „Stiller" zu reflektieren, in „Andorra" dagegen wird nur auf seiten des Andri dargestellt, wie die mögliche Freiheit des Subjektes unter der Dichte des Netzes der Fiktionen zusammenschrumpft; die Determination wird harte Realität, aus der auszubrechen weder Stiller noch Andri gelingt. Daß Frisch diese Determination spürt, gibt ihm oft die Züge eines realistischen Erzählers; da er aber nicht durchschaut, daß gerade die inhaltliche Fixiertheit der Rollen die Erfindungsfreiheit zur reinen Möglichkeit, zur bloßen Formalität erstarren lassen kann, nimmt er die Fiktionen des Subjektes inhaltlich nicht ernst genug und ist bestrebt, sie als Wahn und damit als vom Subjekt selbst aufhebbar darzustellen. Er sieht nicht,

daß der prinzipiellen Aufhebbarkeit eine Realität der Inhalte entgegensteht, die Frisch in ihrer Objektivität nicht erkennt und für auswechselbar erklärt. Zwar sieht er, daß aus diesen Inhalten für Andri eine neue Umwelt erwächst, die ihn nicht mehr freigibt, die eigentlich weiterführende Reflexion aber müßte eben diese Inhalte in ihrer Gewordenheit zu erschließen suchen, d. h., sie müßte die Handlungen der Personen um Andri einer genauen Analyse unterwerfen. Die oben angedeutetete Abstraktheit des Ansatzes erweist sich hier aufs Neue. Nur von diesem Ansatz aus vermag Frisch Moralist zu sein, denn das abstrakte Festhalten an der Tatsache, d a ß der Mensch erfindet, gleichgültig, woher seine Inhalte stammen, gibt ihm die Möglichkeit, von der Freiheit und damit auch von der Schuld des Menschen zu sprechen. Da die Handlungen der Andorraner in der ganzen Wucht ihrer Unberechenbarkeit Andri zum Leidenden zu stempeln, selbst aber nicht Ausdruck irgendeines Zwanges sind, so hat sich in der Erfindung eines Juden nicht nur die Freiheit sondern auch die Schuld der Andorraner realisiert. Diese Andorraner sind keine Verbrecher im üblichen Sinne, sie sind so normal wie das Publikum auch, ihre Schuld liegt nicht in der Teilhabe an öffentlichen Grausamkeiten, sie liegt im Persönlichen, aber ist wirksam. Frisch gibt damit dem Publikum die Möglichkeit, das Ausmaß der Katastrophe — die Vernichtung der Juden — in Beziehung zum eigenen kleinen, scheinbar schuldlosen Alltag herzustellen.

Schon hier kann man sehen, daß Frisch, obwohl von Brecht stark beeinflußt, den genau umgekehrten Weg wie dieser beschreitet. Brechts Tendenz ist immer die Relativierung der privaten Problematik in eine gesellschaftliche. Frisch dagegen projiziert das gesellschaftliche in ein persönliches Problem. Er verfolgt dabei nicht das historische Problem bis hinein ins private, um zu zeigen, daß auch in ihm Gesellschaftliches erscheint, sondern er will das historische Geschehen als ein allgemein-menschliches erweisen. Ist für Brecht das private Problem — z. B. der Widerstreit von Güte und Selbsterhaltung der Shen Te im „Guten Menschen von Sezuan" — mit der Gesellschaft vermittelt, ist die Entstehung der Rolle des Shui Ta in demselben Stück nicht nur ein sozialpsychologisches Phänomen, sondern auch und vor allem Ausdruck einer schlechten Gesellschaft, so interessierte Frisch dagegen nur die psychologische Seite der Rolle, die gesellschaftliche ist Epiphänomen, das wahre Problem liegt im Menschlichen, hier kann Schuld konkret gefaßt werden, hier liegen entsprechend die Möglichkeiten zur Veränderung. Würde also Brecht die persönliche Schuld relativieren, sie komplizieren, d. h. in Zusammenhängen sehen, die der Begriff selbst unmittelbar nicht anbietet, so tendiert Frisch zur Verabsolutierung der persönlichen Schuld. In „Andorra" soll der Zuschauer jene Schuld nicht nur an den Andorranern bestimmen können, sondern auch sich selbst kritisch befragen.

Theatralisch versucht Frisch das dadurch zu erreichen, daß er einerseits den das Schicksal Andris verfolgenden Zuschauer zum Mitleid hinreißt, andererseits aber immer die Identifikation mit Andri durch einen Verfremdungseffekt unterbricht, um den Zuschauer zu der Einsicht zu zwingen, daß er eigentlich auf die Seite der Andorraner gehört. Der Verfremdungseffekt liegt darin, daß die Personen, den Handlungsfluß unterbrechend, aus dem Spiel hervortreten und sich als Menschen der Gegenwart vor dem Publikum rechtfertigen:

> Soldat: „Ich gebe zu, ich hab ihn nicht leiden können. Ich habe ja nicht gewußt, daß er keiner ist, immer hats geheißen, er sei einer. Übrigens glaub ich noch heut, daß er einer gewesen ist. Ich hab ihn nicht leiden können von Anfang an. Aber ich hab ihn nicht getötet. Ich habe nur meinen Dienst getan. Order ist Order. Wo kämen wir hin, wenn Befehle nicht ausgeführt werden! Ich war Soldat."

Alle Rechtfertigungen bestehen erstens aus der Leugnung einer konkreten Schuld und zweitens aus allgemeinen Phrasen, die der Zuschauer auch als die seinigen erkennen muß. Ist das Publikum nach den ersten Worten der Verschleierung der konkreten Schuld bereit, Gericht zu halten über die Andorraner, so hört es sich wenig später in den allgemeinen Verteidigungsphrasen selbst.

> Doktor: „... Ich bin nicht für Greuel, ich bin es nie gewesen. Ich habe den jungen Mann übrigens nur zwei- oder dreimal gesehen ... Die Schlägerei, die später stattgefunden haben soll, habe ich nicht gesehen. Trotzdem verurteile ich sie selbstverständlich. Ich kann nur sagen, daß es nicht meine Schuld ist, einmal abgesehen davon, daß sein Benehmen (was man leider nicht verschweigen kann) mehr und mehr (sagen wir es offen) etwas Jüdisches hatte ... Es war, vergessen wir nicht, eine aufgeregte Zeit. Was meine Person betrifft, habe ich nie an Mißhandlungen teilgenommen oder irgend jemand dazu aufgefordert. ... Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich nochmals wiederhole, daß wir den Lauf der Dinge — damals — nur bedauern können."

Angesichts dieser Worte wird der Zuschauer aus der Rolle des Richtenden in die des Schuldigen verwiesen, die Kritik kann sich in Selbstkritik verwandeln. Wie nun mag diese aussehen?

Vielleicht gibt es einige wirklich Schuldige unter den Zuschauern. Aber werden nicht gerade sie darauf hinweisen, daß das auf der Bühne dargestellte typisierte kleinbürgerliche Milieu in seiner Vereinfachung nicht im entferntesten die Wirklichkeit spiegele oder in Form des Modells transzendiere, denn in Wahrheit sei alles viel komplizierter gewesen. Und schließlich wurde überall Unrecht geübt — auch die Russen, Amerikaner, Engländer ...

Und die anderen? Vielleicht wird manchem klar, daß auch er dies oder jenes getan oder unterlassen hat — einen Juden nicht gegrüßt, eine Bitte abgeschlagen, ihn insgeheim oder offen verachtet; vielleicht auch hatte man gar nichts mit Juden zu tun, war ihnen weder freundlich noch feindlich gesinnt, vielleicht auch feindlich, aber nie wäre man zur Tat geschritten. Aber man hat gesehen, wie leicht man doch schuldig werden kann, im kleinen fängt es an, wie der Herr Pfarrer zu sagen pflegt. Die Ebene, auf der wir uns damit befinden, gibt die Möglichkeit, jeden anzusprechen; die Beziehung zum eigenen Alltag, zur eigenen Person ist hergestellt. Das konkrete historische Problem der Judendiskriminierung oder — wenn man den Modellcharakter des Stückes berücksichtigt — der Entstehung von sozialen Rollen ist auf eine höhere Abstraktionsstufe gehoben, aber damit gerade ins Private gewendet worden. Denn der Realisation jenes Allgemein-Menschlichen ist in der Gesellschaft ein sehr genau umgrenzter Raum zugewiesen, nämlich die „Privatsphäre", die, noch immer repräsentiert und gehütet von der Frau, der sexuellen, mütterlichen, kindlichen etc. Liebe und Neigungen aller Art Raum gibt. Was das Publikum zu lernen imstande ist, liegt auf der Hand.

Mag man der Presse die Betroffenheit und Beklommenheit des Publikums glauben, aber der im günstigsten Falle erfolgende Versuch, sich freundlicher und toleranter gegenüber der Familie, den Kollegen und Nachbarn zu verhalten, hat nur wenig oder nichts mit Reue oder Läuterung zu tun. Einer wirklichen Reue und Läuterung müßte eine Selbstreflexion zugrunde liegen, die gerade den Kreis des Privaten durchbricht, um erstens zur Einsicht in die Zusammenhänge von Judendiskriminierung (oder allgemeiner: von sozialen Rollen) und der gesellschaftlich-historischen Gesamtsituation und zweitens zur Erkenntnis auch der eigenen Funktion innerhalb des gesellschaftlichen Systems vorzustoßen. Da aber Frisch zu dieser komplizierten Selbstreflexion nicht anregt noch anregen will, endet auch seine moralische Absicht, dem Menschen wieder einen Begriff von seinem Nächsten zu vermitteln, in der Sackgasse des Privaten.

Im Heiligen Dienst

Unsere Bundeswehr hat viele Lieder. Wo man singt ... Sie hat auch verschiedene Gesangbücher. Eins davon heißt IM HEILIGEN DIENST. Gemeint ist der Wehrdienst. Es handelt sich um das katholische Gesang- und Gebetbuch für die Bundeswehr. Auf der zweiten Seite steht ein Vorspruch, der so anhebt:

ICH BIN SOLDAT.

Dies ist zweifellos eine gültige Aussage. Sie wird dem jungen Rekruten zur Selbsterkenntnis verhelfen. Denn er muß sich jetzt eingliedern

IN DIE WEITE GEMEINSCHAFT

nämlich die Atlantische. Das ist eine Gemeinschaft

DES DIENSTES FÜR DAS VOLK UND DIE VÖLKER.

Man beachte die merkwürdige Summierung, welche keinen rechten Sinn ergibt. Hier stand früher ein Genitiv und es hieß:

FÜR DAS VOLK DER VÖLKER. Durch die große Lautverschiebung nach dem letzten Krieg verschwand der Genitiv. Doch folgen wir unserem jungen Rekruten. Schon ruft er aus:

DAS SCHICKSAL VIELER IST NUN AUCH IN MEINE HAND GELEGT.

Eine kleine Übertreibung. Nur der Zeigefinger der Rechten drückt ab oder auf den Knopf. Die übrigen Finger nehmen dabei Haltung an. Der ganze Mann aber steht

IN EINER STRAFFEN ORDNUNG.

Straff muß sie sein. Nichts für Waschlappen und Schlappschwänze. Denn sie ist notwendig

FÜR JEDE AUFGABE.

Wie wahr! Nie konnte etwas aufgegeben werden ohne straffe Ordnung. Ich erinnere an den disziplinierten Rückmarsch deutscher Truppen im Osten usw. Jedoch die straffe Ordnung hat noch mehr zu bieten:

ZUCHT UND MASS, FREUDE UND FREIHEIT,

Fröhlichkeit und Frömmigkeit

SOLLEN FRUCHT MEINES DIENSTES SEIN.

Die öffentliche Vertreibung der Frucht ist gemäß § 51 der Straßenverkehrsregelung bei Strafe verboten. Also die Frucht ist eine Zucht ... nein, umgekehrt. Jedenfalls sei die Zucht eine HOHE SCHULE. Ein Ersatz für die Hochschule. Drum will unser Rekrut so freudig dienen,

DASS ICH MEINEM GOTT JEDEN AUGENBLICK

(es kommt oft so plötzlich)

REIN UND KLAR INS AUGE SCHAUEN KANN.

Gewissermaßen von Mann zu Mann. Eins will er aber nicht:

ICH WILL NICHT UNTERGEHEN ...

Die statistische Wahrscheinlichkeit ist auch gering, gehört doch nur jeder zehnte Soldat der Bundesmarine an. Nun stellt unser Rekrut fest, daß er sich ALS PERSÖNLICHKEIT bewähren muß.

DARUM IST MEIN GRUNDSATZ: ICH BLEIBE REIN.

Nicht nur wäscht er sich jeden Abend die Füße, sondern er hält auch die Treue seiner

GATTIN

oder besser Gemahlin. Ferner hält er

IN EHREN DIE WÜRDE DER FRAU ...

Welcher Frau? Er ist doch verheiratet! Aber schließlich hält er noch alliterierend

DIE ZUNGE IM ZAUME

die Ohren steif

UND DAS AUGE KLAR

zum Gefecht. Aber er hält nicht nur, sondern trägt auch. Und zwar

VERANTWORTUNG.

Als Stubenältester hat er zum Beispiel dafür zu sorgen, daß die Stube jeden Morgen sauber gekehrt wird. Beim Kehren kommen so manche Gedanken. So denkt unser Rekrut:

ICH MUSS GEHORCHEN.

Hiermit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Die einfache Gestalt dieses Satzes verdeckt seinen zutiefst metaphysischen Gehalt. Der Sinn des Daseins ist in ihm enthüllt. Als Gehorchender steht der Mensch in der Offenheit des Horchens. Er hört auf das Sein. Als Seinshöriger gehört er dem Sein. Was ist das Seyn? Es ist Es selbst. In seinem Geschick findet der Mensch das Schickliche. Was schickt sich für einen Angehörigen der Bundeswehr?

ICH WILL KAMERAD SEIN. GANZ SELBSTLOS.

Wer verschluckte nicht heimliche Tränen der Rührung bei diesem Bekenntnis? Der Geist der Truppe ist offenbar ein ausgezeichneter.

ÜBER ALLEM STEHT

nicht Deutschland. Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Das preußische Gedankengut muß restlos ausgemerzt werden. Letzten Endes war es der Mangel an echtem Glauben, der zur Katastrophe führte. Deshalb steht jetzt über allem

GOTTES GESETZ

(nicht das Grundgesetz),

STEHT MEIN GEWISSEN

stramm

NACH GOTTES GESETZ AUSGERICHTET.

Nun legt unser Rekrut seinen Fahneneid ab:

ICH TUE NICHTS SCHLECHTES, AUCH WENN ANSCHEINEND GUTES DARAUS FOLGT, ODER WENN ES UNTER DEM SCHEIN DES GUTEN VERLANGT WIRD.

Bloß schießen.

ICH BIN SEIT MEINER TAUFE SOLDAT CHRISTI.

Liebet eure Feinde.

ICH MUSS GOTT MEHR GEHORCHEN ALS DEN MENSCHEN.

Ausgenommen natürlich Oberfeldwebel Meier.

ICH STREITE FÜR GOTTES EHRE.

Er kann sichs leider nicht verbitten.

Bert Welz

Am Beispiel Contergan

Im Godesberger Programm erklärt die SPD mit anspruchsvollen Worten, die Partei vertrete das Ziel, „dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht" entgegenzutreten. Die 6000 mißgebildeten Contergan-Kinder können als Zeugen dafür angesehen werden, daß die SPD-Politik des „neuen Stils" selbst diese begrenzte Forderung nicht mehr vertritt.

Die Liberalen nahmen die Contergan-Affäre zum Anlaß, den reaktionär-katholischen Geist des von der Bundesregierung vorgelegten Entwurfs zu einem neuen Strafgesetzbuch an der Frage der ethischen Indikation zu kritisieren. Die Sozialdemokraten schwiegen jedoch zu dem eklatanten „Mißbrauch wirtschaftlicher Macht" durch die pharmazeutische Industrie. Während ein liberaler Arzt in der FAZ die Ärzteschaft dazu auffordert, wenigstens in den ärztlichen Zeitschriften die Werbung der pharmazeutischen Industrie zu unterbinden, traut

sich weder der Stratege der „Kontrolle wirtschaftlicher Macht" Herr Deist, noch irgendein anderer Sozialdemokrat den Conterganfall zum Anlaß für die Forderung nach einer öffentlichen Kontrolle der pharmazeutischen Industrie oder wenigstens nach einem grundsätzlichen Verbot der Werbung für diese Industrie zu nehmen. Wieder einmal zeigt es sich, daß das Godesberger Programm gegenüber dem gegenwärtigen Kurs der SPD „links" ist, und daß es der Parteiführung dazu dient, Parteimitglieder und Gewerkschaften über die wahre Politik der Partei, die sich eine Auseinandersetzung mit der pharmazeutischen Industrie nicht mehr leisten kann, hinwegzutäuschen.

Was für die Sozialdemokratie gilt, gilt übrigens auch für manchen, der den Anspruch erhebt, Sozialist zu sein. Man stritt über die Frage, ob im neuen DGB-Programm von einer Sozialisierung „der" Schlüsselindustrie oder „von" Schlüsselindustrie die Rede sein soll. Man versäumte es aber, die Notwendigkeit von Sozialisierung an einem konkreten Fall deutlich zu machen.

— t

Pirkers „Büro und Maschine"

Theo Pirker: Büro und Maschine — Zur Geschichte und Soziologie der Mechanisierung der Büroarbeit, der Maschinisierung des Büros und der Büroautomation. Vor- und Nachwort von Edgar Salin. J. C. B. Mohr, Tübingen, 1962

Theo Pirker ist unter Soziologen bekannt durch seine Mitarbeit an „Arbeiter, Management, Mitbestimmung", der ersten großen industriesoziologischen Untersuchung nach dem Krieg.

Die Arbeiterbewegung dankt ihm einige wichtige Beiträge zur Theorie der Gewerkschaften und die einzige umfassende Darstellung der Entwicklung der Gewerkschaften nach 1945. („Die blinde Macht")

Mit dem vorliegenden Buch setzt Pirker seine soziologischen Arbeiten fort. Die bisherige soziologische Literatur über das Büro beschäftigt sich vornehmlich mit den Angestellten. Pirker aber versucht eine Soziologie des Büros zu schreiben, d. h. auch institutionelle und technische Probleme miteinzubeziehen. Dabei ist interessant, daß Pirker die Auffassung vertritt, daß die Veränderungen der Büroarbeit eher und besser durch den Begriff Maschinisierung als durch die übliche Bezeichnung Mechanisierung getroffen wird.

Büroarbeit unterscheidet sich von der Fabrikation, denn: „Das Büro kennt keinen Rohstoff und keine Halbprodukte, es kennt weder das Herausarbeiten von Qualitäten noch die Bearbeitung von Stoffen mit verschiedenen Qualitäten zu einem Produkt mit einer bestimmten Gesamtqualität — nämlich der Qualität der Ware."

Pirker interessiert sich weniger für die Unterscheidung Arbeiter — Angestellte und deren besonderen Status, sondern für die Veränderungen innerhalb der Angestelltenschaft, die durch die Maschinisierung der Büroarbeit bedingt sind. Es entstehen auf der einen Seite hochqualifizierte Spezialisten, die dem Management angehören und auf der anderen Seite eine heterogene Gruppe von Maschinenbedienern. Die Einbeziehung automatischer Datenverarbeitung in das Büro bedingt, wie Bahrdt („Industriebürokratie") beschreibt, die Enthierarchisierung der Arbeitsbeziehungen und die Intellektualisierung der Arbeitskontakte. Pirker bestätigt diese Entwicklung und meint, daß beim augenblicklichen Stand der Maschinisierung „Formen der Demokratisierung der Verwaltung" möglich sind, dies sei aber die Demokratie innerhalb einer Aristokratie — der Spezialisten nämlich —, der

> „der unstrukturierte, unorganisierte, von keinem Gruppen-Selbstbewußtsein zusammengehaltene Plebs"

gegenüberstehe.

Dieser Aspekt erscheint uns besonders im Hinblick auf die an die „Belegschaftskooperation" (s. „nk" 11) geknüpften Erwartungen wichtig. Er zeigt, daß Veränderungen der Kooperationsformen nicht automatisch zur Betriebsdemokratie führen, sondern nur deren objektive Voraussetzung sind.

Monika Seifert

Der Ruf

Eine sterile oder sich für steril haltende Gegenwart bedarf des Mythos als Alibi. Nicht um sich am einst Gelungenen zu eigener Leistung zu stimulieren, sondern um sich mit der Geste des ‚Vergeblich' den faulen Luxus der Resignation leisten zu können. So gibt es den Mythos der „roaring twenties" — jedes Stück Papier bedruckt mit Texten vom Kaliber Brechts oder Döblins; es gibt den Mythos der Vorwährungsreformzeit, als seien in Kabaretts und Zeitschriften lauter Wolfgang Borcherts zu Wort gekommen. Kluge Leute haben beide Mythen inzwischen gründlich entlarvt. Vielleicht doch ein wenig zu gründlich.

Als der Deutsche Taschenbuch-Verlag jüngst einen Neudruck des „Ruf" in Aussicht stellte, wurde mehr als nur literarische Neugier rege. Konnte das nicht die Probe aufs Exempel sein, Antwort auf die Frage, was es mit der geistigen Aktivität der ersten Nachkriegsjahre auf sich habe? Wer, wie ich, damals zu jung gewesen war, um als Leser einer solchen Zeitschrift in Frage zu kommen, würde unvoreingenommen und unbelastet durch pietätvolle Reminiszenzen an die Lektüre der Neuausgabe gehen. Zwei Originalbände, zur Stillung erster Neugier aus einer Bibliothek besorgt, — es waren die beiden letzten Bände — enttäuschten gründlich. Was da zu lesen stand, war oft bieder, ungeschickt, zahm im Politischen wie Literarischen. Redaktionsinterne Streitigkeiten ließen den Niedergang von Heft zu Heft deutlicher werden. Das Ende schien verdient.

Wer es noch nicht wußte, erfährt es aus dem Destillat der dtv-Taschenbuch-Ausgabe: der „Ruf" hatte seine Glanzzeit damals hinter sich. Die Neuausgabe bringt daher nur Texte aus den ersten sechzehn Heften und aus der verbotenen und nie erschienenen Nr. 17, aus jenen Heften also, die unter Hans Werner Richters und Alfred Anderschs Ägide erschienen.

Die Lektüre der „Ruf-Reprise stimmt melancholisch und sollte es doch nicht tun; melancholisch über das Verlorene und Vertane. Es geht dabei weniger um die reellen historisch-politischen Chancen, die ungenützt blieben oder sich als Chimären entlarvten, sondern vielmehr um den Elan, der von den Autoren ausgeht, und um die Resonanz, die unausgesprochen doch überall spürbar ist. Man merkt, hier wurde nicht ins Leere, sondern im Hinblick auf ein Publikum gesprochen. Daß solche Autoren, solche Leser unsere Gegenwart nicht so gestaltet haben, wie sie es gewollt hatten, ist lediglich zu konstatieren.

Eine Synthese aus Existenzialismus und Sozialismus, wie sie sich als Intention der Herausgeber abzeichnete — wo ist sie geblieben? Ein Deutschland zwischen Ost und West — „sozialistisches Land und demokratischer Staat" — wo? Man könnte sich damit trösten, daß, wenn schon die Vorschläge des „Ruf" nicht zum Zuge kamen, so doch seine Fragen, eben weil sie nicht gelöst wurden, doch aktuell geblieben sind.

„Deutschland ist ein Land der halben und niemals beendeten Revolutionen, der geglückten Konterrevolutionen und der versäumten Evolutionen" — schwer, die Anwendbarkeit dieses Satzes auch auf die Zeit nach 1947 zu leugnen. Ebensowenig ist zu bestreiten, daß einige der Kardinalziele von damals inzwischen realisiert worden sind — aber unter welchen Aspekten; Beispiel: die Verständigung mit Frankreich. Was aber nicht gelöst worden ist, das ist die Demokratisierung des deutschen Volkes von innen her, einschließlich seiner Parteien. Manche Sätze des „Ruf" erhalten erstaunliche Aktualität, so dieser 1947 geschriebene von Walter Heist: „Heute gibt es keine politische Partei in Deutschland, die auszusprechen wagt, daß es bei dem Kampf um die Demokratie um etwas anderes geht als um die Gewinnung von ministeriellen und parlamentarischen Positionen." Und: „Kein demokratischer Minister hat in der Weimarer Zeit die Heraufkunft des Faschismus verhindern können, und kein Minister wird auch in Zukunft eine ähnliche Entwicklung verhindern — wenn nicht das Volk mobilisiert wird."

Was von den politischen Beiträgen gilt, daß sie uns demonstrieren, was damals möglich schien und heute nicht, das gilt nicht im gleichen Maße von den literarischen und kulturpolitischen Texten dieser Zeitschrift: die junge deutsche Literatur existierte noch gar nicht. Horst Lange konnte in einer kriti-‚Stalingrad' und Haushofers ‚Moabiter Sonette' als positive Beispiele nennen. Man könnte etwas überspitzt sagen, die jüngere deutsche Literatur sei Resultat einer politischen Resignation. Das macht Hans Schwab-Felisch in der Einleitung deutlich: „Da man kein Publikationsorgan mehr hatte, las man sich die mitgebrachten Manuskripte gegenseitig vor und kritisierte sie. Das war die Geburtsstunde der ‚Gruppe 47'.

Harald Hartung

Zeitschriftenhinweise

Auch nach dem DGB-Bundeskongreß haben einige im Hinblick auf den Kongreß geschriebenen Beiträge in deutschen Zeitschriften nicht ihre Aktualität eingebüßt. Die ARBEITSHEFTE (als interne Mitarbeiterbriefe von Peter von Oertzen, Göttingen, und Adolf Brock, 4034 Angermund, An den Kämpen 11, herausgegeben) brachten in den ersten drei Ausgaben (Mai bis August 62) eine von Siegfried Braun verfaßte Serie von Beiträgen zur Problematik eines gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms. Heft 3 mit dem besonders lesenswerten dritten Aufsatz der Serie ist unseres Wissens noch zu beziehen. — Ein Aufsatz von Prof. Wolfgang Abendroth in Heft 6—7/62 der PLÄNE ist überschrieben: „Ein neues DGB-Programm?". —

Die GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTE sahen sich nach einer Anmerkung außerstande, „zeitgerecht vor dem Kongreß eine wissenschaftlich fundierte Diskussion einzuleiten". Der Grund: „Die sehr umfangreichen Entwürfe (der auf dem DGB-Kongreß vorgelegten neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze) sind uns erst in den letzten Julitagen 1962 zugegangen." Zwei Aufsätze in Heft 9/62 der Zeitschrift konnten freilich unmöglich übersehen werden. Prof. Hans Bayer stellt in seinem Beitrag „Dogma und Wirklichkeit der Marktwirtschaft" einen „Wandel in der Zielsetzung

der Unternehmensorganisation und der Unternehmensführung fest". Er bringt den fundierten Beleg, daß die liberalistische Wettbewerbswirtschaft — trotz zahlreicher gegenteiliger Behauptungen — in allen westeuropäischen Ländern längst durch eine von ihm so genannte „gestaltete Marktwirtschaft" ersetzt sei.

Unter Zuhilfenahme industriesoziologischer Untersuchungen versucht in einem weiteren Aufsatz des gleichen Heftes Heinz Seidel die Frage zu beantworten: „Gibt es ein Mitbestimmungsbewußtsein der Montanbelegschaften?" Er kommt zu dem Schluß, daß es dringend erforderlich sei, „alle Möglichkeiten zu aktivieren, die auf die Bewußtseinsbildung der Belegschaften von Einfluß sind", und er nennt eine Reihe beachtenswerter Aspekte zur Bewußtseinsbildung. Einen nicht unwesentlichen vergaß er: daß ohne eine durchdachte theoretische Mitbestimmungskonzeption der Gewerkschaften die Praxis der Mitbestimmung selbst ohne festen Boden bleiben muß.

Das übergreifende Thema der Nr. 10 der GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTE heißt „Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsplanung". Nach einem einleitenden Aufsatz von Fritz Vilmar („Gemeinwirtschaft — Basis einer menschenwürdigen Gesellschaft") behandelt Günter Köpke die Bedeutung der „Gemeinwirtschaft im Spiegel neuerer Literatur." Es folgen Beiträge von Gustave Stern, Werner Plum, und Bernhard Reichenbach über Probleme der Wirtschaftsplanung in Frankreich, England und Tunesien. Ein Aufsatz von Arnold Künzli („Engagierte Soziologie") bildet mit seinem Hinweis auf das „nach Wandlung Drängende" in der heutigen Gesellschaft eine glückliche Ergänzung zu den genannten Arbeiten. Künzli bespricht das Buch von F. Behrendt: „Der Mensch im Licht der Soziologie" (Urban-Bücher, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1962. 176 S., kart. 4,80 DM). Unter der Überschrift „Führung und Autorität" untersucht Karl W. Boetticher in Heft 8/62 der FRANKFURTER HEFTE die Führungsstrukturen in industriellen Großbetrieben. Boetticher unterscheidet zwischen einer (veralteten) „Befehlshierarchie" und einer (modernen) „Arbeitshierarchie". Die letztere, Elemente der Kooperation enthaltende Struktur sei im Begriffe sich durchzusetzen. (Vgl. auch Lothar Frey: „Belegschafts-Kooperation", nk 11/62.)

„Die radikale Alternative; 1. August 1914 — 1. September 1939 — Wann zum letztenmal?" ist ein Aufsatz von Prof. Ossip K. Flechtheim in Heft 9/62 der FRANKFURTER HEFTE unmißverständlich überschrieben. „Obwohl der Krieg als solcher heute zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit in Frage gestellt ist, werden seine geschichtlich-gesellschaftlichen Grundlagen noch immer weitgehend bewußt oder unbewußt akzeptiert."

Bemerkenswert ist der Erfahrungsbericht und die Diagnose, die der Darmstädter Studienassessor Horst Rumpf in derselben Nummer der FRANKFURTER HEFTE über unsere höhere Schule gibt. Überschrift: „Aus der Drecklinie der Höheren Schule". — Mit der „Hochschulplanung in der Bundesrepublik" befaßt sich Dieter Bielenstein im ATOMZEITALTER (Juli/August 1962).

Nicht nur in der nk sind die Autoren meist unter 30; auch der MONAT hat in seinem Augustheft (167) ausschließlich Autoren dieses Alters zu Wort kommen lassen. Das Heft ist in seiner thematischen Vielfalt lesenswert geraten, wenn auch die Beiträge in ihrer Qualität unterschiedlich sind.

„Gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb" ist das Thema eines in seiner politischen Tendenz problematischen Aufsatzes von Reinhard Richardi in der NEUEN JURISTISCHEN WOCHENSCHRIFT 1962 (S. 1374 ff.). — Der bekannte Kommentator des Grundgesetzes Andreas Hamann hat in der POLITISCHEN VIERTELJAHRESSCHRIFT (Heft 3/62) einen Beitrag „Das Recht auf Opposition und seine Geltung im außerparlamentarischen Bereich" veröffentlicht.

Einige Hinweise auf ausländische Zeitschriften: In NEW LEFT REVIEW (Mai-Juni 62) würdigt Ralph Miliband das Werk des in diesem Jahr verstorbenen C. Wright Mills. (Der gleiche Aufsatz findet sich in MONTHLY REVIEW v. September 62, herausgegeben von Leo Hubermann und Paul M. Sweezy, 333 Sixth Avenue, New York 14.) — „Accidental War" (Krieg durch Zufall) ist der Titel eines lesenswerten weiteren Aufsatzes in NEW LEFT REVIEW (Mai-Juni 62). — Die vom Cambridge University Labour Club herausgegebene Zeitschrift CAMBRIDGE FORWARD brachte in Heft 20/62 einen Beitrag von John Dunn über „CND and Socialism". „Latter-Day Capitalism" ist ein Aufsatz von Joan Robinson in NEW LEFT REVIEW (Juli-August 62) überschrieben. Robinson wurde bei uns durch ihre jetzt im Europa-Verlag erschienene Essay-Sammlung „Über Keynes hinaus" einem größeren Kreise bekannt. Das Buch ist für Mitglieder von DGB-Gewerkschaften für 6,— DM über den Bund-Verlag (Frankfurt a. M., Wilhelm-Leuschner-Str. 68), ansonsten für 8,— DM zu beziehen.

Erst in den letzten Wochen erfuhren wir von der Existenz einer englisch-sprachigen jugoslawischen Monatszeitschrift, die sehr unser Interesse verdient. Ihr Titel: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE. Ihre Anschrift: Beograd, Mihajlova 6/IV. Zwei Themen aus Heft 6/62: „The Part Played by Planning and Markets in a Socialist Economy" und „The Self-Contradictions of State Capitalism and the Circumstances of the Class Struggle". —

Schließlich sei auf einen Aufsatz von Prof. Lelio Basso in Heft 7—8/62 der von ihm herausgegebenen Zeitschrift PROBLEMI DEL SOCIALISMO (Milano, corso Venezia, 24) hingewiesen; Thema: „Capitalismo monopolistico e strategia operaia".

Manfred Liebel

Mitteilungen der Redaktion

Die neue kritik bedankt sich an dieser Stelle für die tatkräftige Unterstützung, die ihr durch Abonnenten und Förderer zuteil wurde. Wir werden alles nur mögliche versuchen, unsere Zeitschrift zu verbessern und regelmäßig herauszubringen. Allerdings sind wir hierbei noch mehr als bisher auf unsere Leser angewiesen, auf ihre Bereitschaft zu abonnieren, zu zahlen, zu spenden. Ohne Bundesjugendplanmittel fehlt dem SDS und mit ihm auch der neuen kritik jede sichere materielle Basis.

Elisabeth Lenks „Sozialistische Theorie in der Arbeit des SDS" ist ein Referat, das sie auf der XVII. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt a. M. gehalten hat und das schon in der Sondernummer der neuen kritik zur Delegiertenkonferenz gedruckt vorliegt. Da wir aber meinten, daß dieses grundsätzliche Referat wert sei, einem möglichst großen Leserkreis bekanntgemacht zu werden, haben wir es auch in diese Nummer aufgenommen.

Zum IG Metall-Kongreß werden wir im Zusammenhang mit dem DGB-Kongreß in unserer Dezembernummer Stellung nehmen.

FILMSTUDIO 36

Wolfram Schütte: Laterna magica — F. W. Vöbel: Production Code — Peter H. Schröder: Im Spiegel der deutschen Filmkritik: VIRIDIANA — Hanns Fischer: Der junge amerikanische Film — Barbara N. Reischel: Anna Magnani — Hans Magnus Enzensberger: Die Welt als Scherbenhaufen I.

FILMSTUDIO 37

Ingmar Bergman: Wie in einem Spiegel — Jean Mitry: Der Western — Gerd Berghoff: Zur Topographie des Western — Peter H. Schröder: Kritik I: Zur Position der konventionellen Filmkritik — Walter Schmieding: Vorerst nur Ratlosigkeit — F. W. Vöbel: Lucchino. Visconti — Hanns Fischer: Jerry Lewis — Wolfram Schütte: Frank Maraun alias Erwin Goelz — Hans Magnus Enzensberger: Die Welt als Scherbenhaufen II.

FILMSTUDIO 38

u. a. Arno K. Reinfrank: Eisensteinrenaissance in der UdSSR — Wolfgang Vogel: Kritik II: Marginalien zur linken Filmkritik — Tomislav Radic: Neue Wege im jugoslawischen Film — Peter Milger: Die Filmanalyse. Heft 37 erschien Ende Oktober 1962. Heft 38 erscheint zu Beginn 1963. Bestellungen an FILMSTUDIO — Zeitschrift für Film, 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 26—28.